# verteilungsfrage.org

**Blog** Zur Politik und Ökonomie der Ungleichheit

Zur Lage der Ungleichheit
in Deutschland

Ungleichheit:
Neues globales Megathema

# Jahrbuch 2014/2015

Thomas Piketty
Das Kapital im 21. Jahrhudert

Ungleichheit in den Medien
Ringen um die Deutungshoheit

# Inhalt


**Einleitung** ... 3

Ungleichheit – worum geht‘s hier? ... 4

**Zur Lage der Ungleichheit in Deutschland** ... 6

Ungleichheit in Deutschland: Häufig unterschätzt und ein Problem für die wirtschaftliche Stabilität ... 6

Ungleichheit in Deutschland nimmt zu: Klareres Bild als bislang vermutet ... 8

Wachsende Ungleichheit der Lebenseinkommen in Deutschland ... 9

Vermögen noch viel ungleicher verteilt  Das reichste Prozent der Deutschen besitzt rund ein Drittel der Privatvermögen ... 11

**Ungleichheit: Neues Globales Megathema** ... 13

FT-Kommentar zu Ungleichheit: The message is sinking in ... 13

NYT-Kolumne: Ungleichheit für Anfänger ... 15

Ratingagentur S&P sieht Ungleichheit als Wachstumshemmnis ... 15

“Even it up!” – Oxfam startet globale Kampagne gegen soziale Ungleichheit ... 16

LSE gründet Institut für Ungleichheitsforschung ... 17

**Thomas Piketty - Das Kapital im 21. Jahrhundert** ... 18

Piketty-Sonderseite ... 18

Ungleichheit: “Das neue Mega-Thema” ... 21

Zur Bedeutung unterschiedlicher Sparquoten für Pikettys „Gesetze des Kapitalismus“ Einige einfache Simulationen ... 22

Weekly Piketty 3: Pikettys normativer und wissenschaftstheoretischer Standpunkt ... 24

Weekly Piketty 4: Pikettys Kapitalbegriff ... 26

Schwache Argumente? Einblicke in den Abgrund der deutschen Piketty-Debatte ... 29

Kritik an Piketty: Stehen goldene Zeiten für Arbeitnehmer/innen bevor? ... 32

Einen Schwenk finden wo keiner ist – neuer Angriff auf Piketty ... 34

Verzerrte Piketty-Debatte in Deutschland ... 38

**Ungleichheit in den Medien - Ringen um die Deutungshoheit** ... 39

Dürrer Boden für Verteilungsfragen ... 39

Wer hat hier „verzerrte Umverteilungspräferenzen“? ... 41

Eine schicke Grafik nimmt ihren Lauf ... 45

Sie wollen es nicht wahrhaben ... 46

**Weitere Verteilungsfragen** ... 48

**> Steuerflucht und Steuervermeidung** ... 49

Wo die wilden Vermögen liegen – Gabriel Zucmans „Taxing Across Borders“ als Meilenstein der Steuerfluchtforschung ... 49

**> Ungleichheit und Ausgrenzung** ... 53

Aus gegebenem Anlass: Harald Schumann über Ungleichheit, Statusängste und Ausgrenzung ... 53

**> Ungleichheit und Politischer Einfluss** ... 55

Wie sich französische Vermögende politischen Einfluss erkaufen ... 55

Stiglitz über Ungleichheit und Kapitalismus ... 56

Ungleichheit und Politik in den USA ... 57

**> Zur Rechtfertigung von Ungleichheit** ... 58

Warum Freiheit nicht Ungleichheit rechtfertigt ... 58

Das Lob der Meritokratie und seine Grenzen ... 60

**> Eigene Beiträge in anderen Medien** ... 61

Zu Gast bei der Deutschen Welle ... 61

Gastbeitrag im Blog Arbeit&Wirtschaft ... 61

“Unten” betrifft alle: Ungleichheit als Gefahr für Demokratie, Teilhabe und Stabilität ... 62

“Thomas Piketty und die Verteilungsfrage”: E-Book erschienen ... 63

# Einleitung

20. Juli 2015 · Julian Bank

Ein Jahr besteht das Blog „Verteilungsfrage.org – Zur Politik und Ökonomie der Ungleichheit“ nun. Dieses Jahrbuch fasst wichtige Beiträge aus diesem Jahr thematisch gebündelt zusammen. Die Beiträge decken viele Bereiche des breiten Spektrums ab, das auf dem Blog behandelt werden soll. In die folgenden thematischen Rubriken gliedert sich das Blog:

- Ökonomie der Ungleichheit
- Verteilung und politischer Einfluss
- Rechtfertigungen von Ungleichheit
- Mediendebatten
- Verteilungspolitik

Das Jahrbuch greift einzelne Beiträge auf und bündelt sie entlang verschiedener Schwerpunktthemen.

Nach einem kurzen einleitenden Beitrag fasst das erste Kapitel Beiträge zur **Lage der Einkommens- und Vermögensungleichheit in Deutschland** zusammen. Die Beiträge zeigen auf, dass - entgegen den Verlautbaren mancher konservativer Medien - die Ungleichheitsentwicklung in Deutschland in den vergangenen Jahren trotz der guten Konjunktur wenig Gutes verheißt.

Ungleichheit, das war im Jahr 2014/2015 ein **globales Megathema**. Beiträge, die diese Diskussion aufgreifen und untermauern, finden sich im zweiten Kapitel.

Das dritte Kapitel widmet sich ausführlich einem der Hauptgründe, warum in den vergangenen Monaten so viel über Ungleichheit debattiert wurde: Der Bestseller des französischen Ökonomen **Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert**. Verteilungsfrage.org hat dem Buch eine eigene Serie gewidmet – aus der einzelne Beiträge hier aufgegriffen wurden.

Nicht zuletzt der heftige Verriss des Buchs von Piketty in vielen deutschen Medien veranlasste mich zu einer näheren Beschäftigung mit der **Mediendebatte um Ungleichheit in Deutschland** – Thema des vierten Kapitels. Generell, so scheint es, haben bestimmte Kreise die Bedeutung des Themas nicht erfasst, oder – schlimmer noch – sie wollen sie ihm nicht zuschreiben.

In einem abschließenden Kapitel werden unterschiedliche kleinere Themen zusammengefasst: **Steuerflucht und Steuervermeidung**; der Zusammenhang zwischen **Ungleichheit, Statusängsten und Ausgrenzung**; die für eine Demokratie ebenso toxische Verbindung zwischen **Vermögen und politischem Einfluss**; und schließlich die Frage, wie Einkommensungleichheit eigentlich **gerechtfertigt** wird. Abschließend finden sich einzelne Verweise auf Beiträge in anderen Medien.

Viel Freude bei der Lektüre wünscht

PS: Helfen Sie dabei, **Verteilungsfrage.org** noch bekannter zu machen: Empfehlen Sie die Seite, dieses E-Book und den kostenlosen E-Mail-Newsletter Ihren Freunden und Bekannten!

# Ungleichheit – worum geht's hier?

27. Juni 2014 · Julian Bank

Ungleichheit kann vieles, fast alles eigentlich, bezeichnen. Wer oder was ist schon gleich? *Soziale* Ungleichheit klingt etwas genauer, aber auch hier tun sich schnell viele Dimensionen auf: Bezeichnet dies nur ‚materielle' oder auch ‚immaterielle' Ungleichheit, wie beispielsweise die Ungleichheit von *Status*, *Bildung*, *Gesundheit*, *kulturellem Hintergrund* oder *politischer Macht*? Die Zahl der Facetten sozialer Ungleichheit ist fast beliebig erweiterbar, das wird nicht zuletzt wissen, wer sich schon mit der Soziologie der Sozialen Ungleichheit beschäftigt hat.

Wie im Infotext Über dieses Blog dargelegt, soll es hier in erster Linie um die **Ungleichheit von Einkommen und Vermögen** gehen. Natürlich lässt sich diese eher materielle Dimension der Ungleichheit nicht von den anderen Dimensionen trennen. Im Gegenteil, wechselseitige Beziehungen zwischen den verschiedenen Ungleichheitsdimensionen sind ein zentraler Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung.

Im Buch The Spirit Level wird beispielsweise der statistische Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und verschiedenen Indikatoren gesellschaftlicher Wohlfahrt ausführlich untersucht und aufgezeigt, dass materielle Ungleichheit im Ländervergleich häufig einhergeht mit gesellschaftlichen Problemen wie psychischen Erkrankungen, Drogenkonsum, Gefangenenzahlen oder Gewalt.

Doch gerade die Untersuchung von Einkommens- und Vermögensungleichheit an sich, also zunächst einmal die empirische Beschreibung ihrer Entwicklung im Zeitverlauf und ein formaler Rahmen zur Analyse dieser Dynamiken, ist bisher – im Vergleich zu der Fülle an Untersuchungen drumherum – zu kurz gekommen.

Die Disziplin der Volkswirtschaftslehre, in der diese Frage naturgemäß angesiedelt sein könnte, hat Ungleichheit lange sträflich vernachlässigt. Häufig liegen ihren Modellen sogenannte *representative agents* zugrunde – alle Individuen sind mit demselben Einkommen, Vermögen und identischen Einkommensquellen ausgestattet. Ungleichheit wird in solchen Modellen also gleich per Annahme ausgeschlossen. Und selbst die Modelle, in denen Ungleichheit vorkommt, gehen häufig mit fragwürdig vereinfachenden Annahmen vor, wie beispielsweise dass Lohn und Arbeitsproduktivität gleichzusetzen wären. Dabei interessierten sich einige der frühen Vertreter der Disziplin – wie David Ricardo oder Karl Marx – ganz zentral für die Frage der Verteilung der Produktion.

Doch nicht alle modernen Ökonomen haben das Thema ausgeblendet. Und spätestens in diesem Jahr hat Thomas Piketty die Verteilungsfrage der VWL in seinem im März auf Englisch erschienenen Buch ‚Capital in the 21st Century' fulminant aufgeworfen. Auf rund 700 Seiten bringt er empirisches Material aus 20 Jahren kollaborativer Forschung zusammen. Ein umfangreiches Datenwerk, das in der World Top Incomes Database zusammengetragen wird, kommt hier zur Geltung. Dazu analysiert Piketty wichtige Ungleichheitstriebkräfte („forces of divergence"), indem er den Zusammenhang zwischen Vermögensverteilung, Einkommen, Wachstum und Kapitalrendite formalisiert. Und auch die Rolle von Besteuerung insbesondere im Bereich der Spitzeneinkommen thematisiert Piketty.

Eine Illustration: **Abbildung 1** zeigt einen von Pikettys zentralen Befunden für die USA – eine sogenannte U-förmige Kurve bei den Einkommensanteilen der Spitzenverdiener. Nach einem steilen Rückgang nach dem zweiten Weltkrieg und im Zuge des New Deal stiegen die Anteile der Spitzeneinkommen an den Gesamteinkommen seit den 1980er-Jahren rasant an.

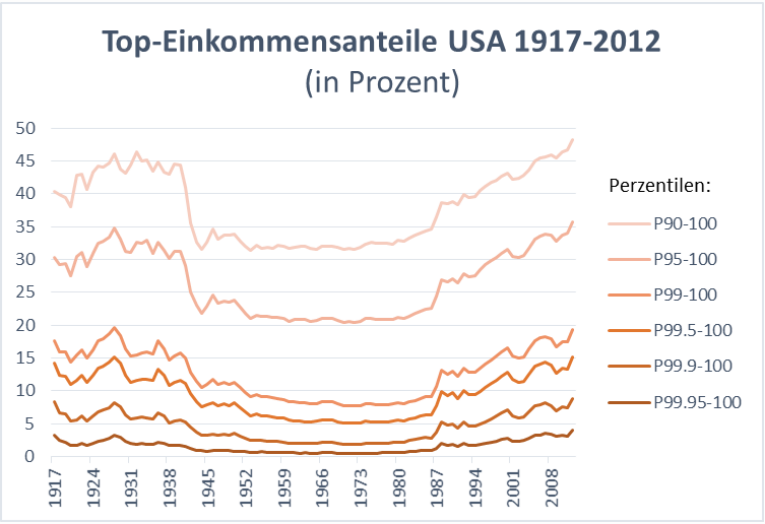



*Abbildung 1: Prozentanteil der obersten Einkommensperzentilen am gesamten Einkommen (ohne Kapitaleinkommen) in den USA zwischen 1917 und 2012. Quelle: Alvaredo, Atkinson, Piketty und Saez, The World Top Incomes Database, 24/06/2014.*

Wenn Piketty noch eines deutlich gemacht hat, dann dass die Entwicklungstendenzen, die er zu formalisieren sucht, keineswegs Automatismen sind – obwohl ihm diese Behauptung gerne unterstellt wird. Im Gegenteil. Er macht deutlich, dass Ökonomie eben nicht im luftleeren Raum stattfindet. Die Richtung, in die sich Ungleichheit entwickelt wird maßgeblich vom politischen Rahmen bestimmt, und zwar egal wie dieser politische Rahmen aussieht. Ein Staat, der sich „raushält" aus der Wirtschaft, ermöglicht eine andere Entwicklung der Ungleichheitsverhältnisse, als ein Staat, der etwa Einkünfte aus Arbeit und Kapital progressiv besteuert und Sozialstandards setzt.

Und die Politik? Je nach politischem System mag sie theoretisch aus dem ‚Himmel' eines Zentralkomitees oder demokratisch, bottom-up, nach dem Willen des Volkes zustande kommen. In der Praxis wird sie jedoch auch in demokratisch verfassten Gesellschaften stark von denen bestimmt, die finanzielle Möglichkeiten zur Einflussnahme auf politische Entscheidungen und die öffentliche Willensbildung haben. Deswegen kann eine Betrachtung der Verteilung von Einkommen und Vermögen und deren Entwicklung speziell die **Dimension politischer Macht und Einflusschancen** nicht außer Acht lassen.

Auf diese Fragen legt **Verteilungsfrage.org** also seinen Fokus: die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen und den Zusammenhang zwischen ökonomischer und politischer Ungleichheit. Es ist dabei neugierig in alle Richtungen. So geht es neben der Beschreibung der *Entwicklungen* im Zeitverlauf und *Erklärungsversuchen* um Fragen nach den *Folgen*, aber auch um *Ansichten über* und *Rechtfertigungen* der Ungleichheit. Und es werden immer wieder, neben den Kernthemen materielle Ungleichheit und politischer Einfluss, auch andere Dimensionen der sozialen Ungleichheit in die Betrachtung einbezogen.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Zur Lage der Ungleichheit in Deutschland



## Ungleichheit in Deutschland: Häufig unterschätzt und ein Problem für die wirtschaftliche Stabilität

23. Oktober 2014 · von Julian Bank

Ein neuer IMK-Report beschäftigt sich mit der Einkommens- und Vermögensungleichheit in Deutschland. Dabei geht es u.a. um die verschiedenen Datenquellen zur Ungleichheit, um den sogenannten Unternehmensschleier, und – natürlich – um Thomas Piketty. Der Report kommt zu dem Schluss dass die Ungleichheit und deren Zunahme in Deutschland eher unterschätzt werden und er zeigt auf, warum Ungleichheit ein Problem für die wirtschaftliche Stabilität sein kann.

Zentrale Befunde des Reports lauten:

- **Freiwillige Haushaltsbefragungen** (wie bspw. das SOEP – die Quelle, auf die sich in der Debatte um Ungleichheit in Deutschland meistens berufen wird) **unterschätzen tendenziell die Ungleichheit** der Einkommen und Vermögen am oberen Ende der Verteilung.

- Diesen Nachteil gleicht die „Piketty-Methode“ teilweise aus: Daten der World Top Incomes Database (WTID) beruhen auf einer Kombination aus **Steuerstatistiken** und **volkswirtschaftlicher Gesamtrechung** (VGR). Diese erfassen – abgesehen von der Steuerflucht – auch die Reichen, die sich nicht an freiwilligen Umfragen beteiligen.

- In Deutschland gibt es jedoch ein weiteres Problem bei der Erfassung der Daten: auch mit der Piketty-Methode wird der Anstieg der Ungleichheit seit der Jahrtausendwende unterschätzt, weil ein Teil der Spitzeneinkommen und -Vermögen durch den sogenannten „**Unternehmensschleier**“ verdeckt wird: durch in den Unternehmen einbehaltene Gewinne werden Vermögen aufgebaut, deren Letzteigentümer in der Statistik als ärmer geführt werden, als sie tatsächlich sind.

- Der Report schlägt einige **Kennziffern der Ungleichheit** vor, die dieses Problem provisorisch umgehen können (sie erweitern die Top Income Shares der „Piketty-Methode“ um Informationen aus der VGR über die einbehaltenen Unternehmensgewinne und sie kombinieren Vermögensda-

ten aus SOEP und der gesamtwirtschaftlichen Vermögensbilanz und setzen diese ins Verhältnis zum Medianeinkommen). Diese verbesserten Kennziffern weisen ebenfalls auf einen deutlich größeren Anstieg der Ungleichheit in den letzten Jahren hin als die üblichen Maße.

- Dauerhaft jedoch wären zwei **politische Maßnahmen sinnvoll, allein um die Datenlage zu verbessern**: Die Wiedereinführung einer synthetischen Einkommensteuer und einer Vermögenssteuer. Selbst wenn letztere bei 0% läge, könnte somit endlich erfasst werden, wie groß die Vermögensungleichheit in Deutschland tatsächlich ist.

- Die **Einkommens- und Vermögensungleichheit in Deutschland zu reduzieren** könnte einen wichtigen Beitrag leisten, die **hohen Exportüberschüsse zu senken** und damit zur wirtschaftlichen Stabilität in Europa beizutragen.

Der Report erläutert außerdem in zwei informativen Infoboxen wichtige Zusammenhänge zur ökonomischen Ungleichheit, die in (der Debatte um) Thomas Pikettys Buch „Kapital im 21. Jahrhundert“ von zentraler Bedeutung sind und die einen theoretischen Hintergrund zu den oben genannten Befunden bilden:

- Der Zusammenhang zwischen **funktionaler und personeller Einkommensverteilung** – also der Verteilung zwischen Kapital- und Erwerbsseinkommen auf der einen Seite, und zwischen den Haushalten auf der anderen Seite. Je nachdem in welchem Bereich Veränderungen der Verteilung dominieren können unterschiedliche Probleme für die wirtschaftliche Stabilität entstehen.

- Der Zusammenhang zwischen Pikettys sogenannten „**fundamentalen Gesetzen des Kapitalismus**“: Hier geht es um die langfristigen Folgen des Wechselspiels zwischen Kapitalrendite und Wachstumsrate für die Vermögensungleichheit. Dabei gilt ein besonderes Augenmerk der Rolle der Sparquote, die in der Debatte bisher häufig unterschätzt wird (siehe dazu auch der Beitrag von Till van Treeck in diesem Blog).

Hier geht es direkt zum IMK-Report 99 →

Ein Interview mit Studien-Co-Autor Till van Treeck findet sich hier:

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Ungleichheit in Deutschland nimmt zu: Klareres Bild als bislang vermutet

29. September 2014 · von Julian Bank

Der Trend steigender Einkommensungleichheit in Deutschland ist eindeutiger als zwischenzeitlich angenommen. Zu diesem Schluss kommt ein Report des gewerkschaftsnahen Wirtschatsforschungsinstituts IMK.

Der stetige Anstieg der Ungleichheit der letzten Jahrzehnte hatte seit 2005 vorübergehend pausiert. Die Analyse des IMK auf Basis von Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) zeigt jetzt, dass der Grund für diese Pause nicht – wie häufig angenommen – in der guten Arbeitsmarktlage begründet liegt, sondern mit dem krisenbedingten Einbruch der Kapitaleinkommen zu erklären ist.

Diese Befunde liefert der Report im Einzelnen:

- Die **Arbeitseinkommen** haben sich auch von 2005 bis 2010 unterm Strich weiter auseinanderbewegt
- Zentraler Grund dafür ist die weitere **Ausbreitung atypischer Beschäftigung**
- Die Ungleichheit der gesamten Markteinkommen der Haushalte stieg vor allem deshalb zwischen 2005 und 2010 nicht an, weil die Zunahme der Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt durch einen **Einbruch der Kapitaleinkommen** überkompensiert wurde
- Kapitaleinkommen sind – abgesehen von der Ausnahmephase der weltweiten Finanzkrise nach 2007 – ein wichtiger Ungleichheitstreiber: überproportional ansteigende Einkünfte aus Kapitalbesitz werden wegen der starken Vermögensungleichheit einer relativ kleinen Gruppe in der Bevölkerung zuteil
- Die IMK-Forscher gehen aufgrund dieser Analyse von einem **weiteren Anstieg der gesamten Einkommensungleichheit** für die Jahre 2012 bis 2014 aus
- Der Ungleichheitszunahme sollte aus Sicht der Autoren sowohl **arbeitsmarktpolitisch** als auch **steuerpolitisch** entgegengewirkt werden
- Auf dem Arbeitsmarkt sollte atypische Beschäftigung zugunsten regulärer Beschäftigungsverhältnisse zurückgedrängt werden
- Steuerpolitisch könnte mit einer Rücknahme der pauschalen Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkommen und durch eine Einführung der Vermögensteuer reagiert werden

Da sich der Report mit den SOEP-Daten auf freiwillige Haushaltsbefragungen stützt, dürfte das Ausmaß der Ungleichheit zudem noch unterschätzt sein, da sich reiche Haushalte an diesen Befragungen zumeist nicht beteiligen.

Hier geht es zum IMK-Report 97 →

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Wachsende Ungleichheit der Lebenseinkommen in Deutschland

5. Februar 2015 · von Julian Bank

Eine Analyse von Forschern der FU Berlin zeigt, dass in Deutschland die Einkommen über den **Lebensverlauf** bei jüngeren Generationen deutlich ungleicher verteilt sind als bei älteren Generationen – und das allein innerhalb der Lohneinkommen. Einkommen aus Kapitalerträgen oder Selbstständigkeit, aber auch aus staatlichen Transfers, werden nicht betrachtet. Damit kommt ein weiterer wichtiger Baustein hinzu, der zeigt, dass in Deutschland die Ungleichheit zugenommen hat. Es ist zu erwarten, dass sich diese Zunahme der Ungleichheit durch Erbschaften in eine zunehmende Konzentration der Vermögen übersetzen wird.

Während bestimmte Kreise immer wieder versuchen, die Zunahme der Ungleichheit in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten zu relativieren, weisen eine Vielzahl von Forschungsbeiträgen der letzten Monate darauf hin, dass die Ungleichheitszunahme in Deutschland sehr wohl klar messbar ist.

Einige Posts auf Verteilungsfrage haben darüber berichtet:

- So ist die kurzfristige Unterbrechung der Ungleichheitszunahme, die im Gini der Haushaltseinkommen sichtbar wird, in den letzten Jahren vor allem durch den vorübergehenden **Einbruch der Kapitaleinkomen** durch die Finanzkrise zu erklären. Rechnet man dies heraus hat auch nach 2005 die Ungleichheit weiter zugenommen.

- Außerdem führen **zahlreiche Datenprobleme** (Untererfassung der Reichen bei freiwilligen Haushaltsbefragungen; schlechte Daten zu Kapitaleinkommen wegen Abgeltungssteuer) dazu, dass die Ungleichheit tendenziell unterschätzt wird – und **Thomas Pikettys Analyse** deutet darauf hin, dass uns ein weiterer Anstieg der Ungleichheit bevorsteht, wenn nicht politisch gegengesteuert wird, wie hier nachzulesen war

**Wachsende Ungleichheit der Lebenseinkommen**

Betrachtet man bei der Ungleichheitsanalyse nun nicht einfach die Einkommen zwischen allen Personen zu einem bestimmten Zeitpunkt, sondern die Einkommen, die Menschen im gesamten Verlauf ihres Lebens verdienen, so findet man zunächst einmal eine deutlich geringere Ungleichheit als im einfachen zeitlichen Querschnitt.

Der zentrale Grund ist, dass viele junge Menschen zunächst – wenn überhaupt – ein geringeres Gehalt bekommen und Menschen im Alter in der Regel wieder ein niedrigeres Einkommen haben. So haben diese Menschen über den Lebensverlauf betrachtet jährlich ein größeres Einkommen als in jungen und hohen Jahren. Verteilt man also diese Ungleichheit im Leben einer einzelnen Person statistisch um, indem man das Lebenseinkommen betrachtet, so reduziert sich statistisch auch die Ungleichheit, die man insgesamt im Querschnitt misst – da ja bei einer Umfrage zufällig ausgewählter Altersgruppen immer Menschen aus verschiedenen Altern und damit auch zu verschiedenen Zeitpunkten ihres Einkommenszyklus erfasst werden.

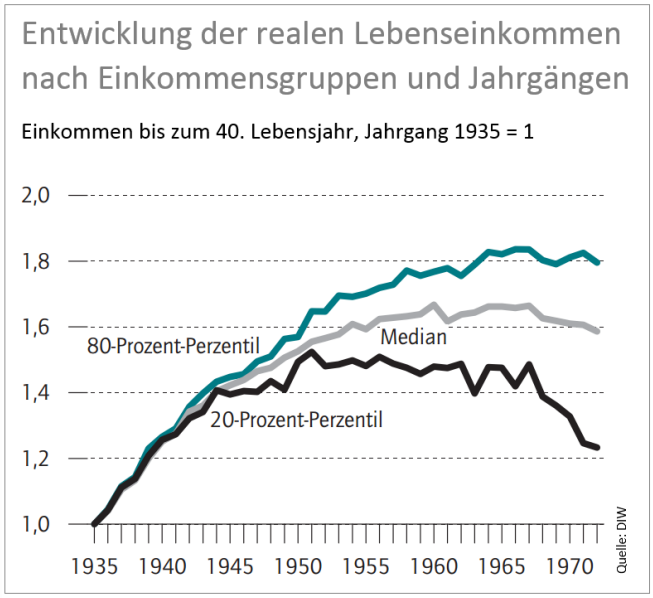
Soweit so gut. Dies ändert nun nichts an den tatsächlichen Ungleichheitsverhältnissen, sondern es differenziert nur den Blick auf diese Ungleichheit. Die spannende Frage ist allerdings, wie sich die Ungleichheit im Zeitverlauf verändert hat. Bei den Lebenseinkommen betrifft dies also die Entwicklung über verschiedene **Generationen** hinweg.

Genau dies haben die Forscher von der FU Berlin gemacht. Sie haben anhand von Daten aus der Sozialversicherung die Ungleichheit der Lebenseinkommen verschiedener Geburtenjahrgänge verglichen. Und sind zu dem Schluss gekommen: Die Ungleichheit der Lebenseinkommen jüngerer Generationen hat gegenüber der Ungleichheit zwischen älteren Generationen zugenommen.

Ein Teil davon (ca. 20-40%) lässt sich durch **längere Arbeitslosigkeit im Lebensverlauf** jüngerer Generationen erklären. Wer in den 1930er Jahren geboren wurde, war über die Erwerbslaufbahn – statistisch gesehen – weniger von Arbeitslosigkeit betroffen, als wer in den 1970er Jahren geboren wurde.

Die zentrale Erklärung für den Anstieg der Ungleichheit zwischen den Lebenseinkommen liegt jedoch direkt in der **wachsenden Lohnspreizung**. Sie ist für 60-80% des Auseinanderdriftens verantwortlich.

Folgende Abbildung illustriert die Zunahme der Ungleichheit der Lebenseinkommen:




*Quelle: Timm Bönke und Holger Lüthen, DIW Wochenbericht 49/2014, Abbildung 4.*

Hinweise zur Abbildung:

- Auf der **horizontalen Achse** sind die **Geburtsjahre** der erfassten Personen abgetragen.
- Die **drei Graphen** zeigen jeweils die Entwicklung der Lebenseinkommen ausgewählter Teile in der Verteilung:
  - Die obere Linie sind die Personen im 80-Prozent-Perzentil, also das Prozent der Verteilung, das gerade oberhalb der Top-20-Prozent-Grenze der Lebenseinkommen liegt.
  - Die mittlere Linie trägt den Median ab.
  - Die untere Linie das 20-Prozent-Perzentil, also das Prozent der Verteilung, das gerade oberhalb der Unterste-20-Prozent-Grenze der Lebenseinkommen liegt.

- Wohlgemerkt zeigen die Graphen nicht die Ungleichheit zwischen den Lebenseinkommen, sondern die **Veränderung** der jeweiligen Gruppe in der Verteilung im Vergleich zum Geburtsjahrgang 1935! Während die Lebenseinkommen der Geburtsjahrgänge zwischen 1935 und 1950 einigermaßen im Gleichschritt wuchsen, haben sie sich danach stark auseinanderentwickelt: Die Lebenseinkommen an der Grenze der Untersten 20 Prozent haben über rund 15 Geburtsjahrgänge stagniert und sind zuletzt (innerhalb der betrachteten Jahrgänge – für die jüngeren ist die Betrachtung noch mit zu großer Unsicherheit belegt, weil deren zukünftiges Einkommen ja nicht sicher prognostiziert werden kann), für die Generation der ab Ende der 1960er geborenen, sogar real gefallen!

Die Autoren der Studie weisen darauf hin, dass sich ihre Stichprobe nur auf „westdeutsche Männer mit stabilen Erwerbsbiographien“ bezieht. Deswegen sei davon auszugehen, dass die Zunahme der Ungleichheit tendenziell unterschätzt würde. Bei Betrachtung auf Haushaltsebene könnte es sein, dass die wachsende Erwerbstätigkeit von Frauen dem Effekt entgegenwirkt – was die Spreizung der Löhne allerdings nicht ändert. Es muss dann bei niedrigen Löhnen pro Haushalt mehr gearbeitet werden, allein um ein konstantes Einkommen zu halten.

Die Autoren weisen auf einen weiteren wichtigen Punkt hin: Die geringere Ungleichheit der Lebenseinkommen älterer Generationen bedeutet, dass der Ungleichheitseffekt durch **Erbschaften** derzeit noch deutlich geringer ist, als in Zukunft zu erwarten sein dürfte. Neben dem demographischen Wandel (bald kommen deutlich weniger Erben auf einen Erblasser) werden also auch auseinanderdriftende Lebenseinkommen zu einer zusätzlichen Verschärfung der Vermögensungleichheit durch Erbschaften beitragen.

Es ist einfach absurd, dass der sogenannte Sachverständigenrat zu dem Schluss kommt, im Hinblick auf Verteilungsfragen bestehe „kein wirtschafts- oder arbeitsmarktpolitischer Handlungsbedarf".

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Vermögen noch viel ungleicher verteilt

## Das reichste Prozent der Deutschen besitzt rund ein Drittel der Privatvermögen

11. Februar 2015 · von Julian Bank

Das DIW schätzt in einer neuen Studie, dass die Vermögensungleichheit in Deutschland noch viel größer ist als bisher angenommen. Demnach besitzen die reichsten 1 Prozent der Deutschen rund ein Drittel der Privatvermögen, und die reichsten 0,1 Prozent (!) besitzen rund 15 Prozent der Vermögen.

Eine neue Studie des DIW beschäftigt sich mit der Vermögensungleichheit in Deutschland. Schon seit längerem gibt es Kritik an den Zahlen des SOEP zur Vermögensungleichheit, weil freiwillige Haushaltsumfragen typischerweise die ganz reichen Haushalte nicht erfassen.

Die Autoren der Studie sagen dazu:

> *Die Chance, dass einer der wenigen deutschen Milliardäre oder Multimillionäre in einer repräsentativen Befragung auftaucht, geht gegen null. Erfahrungen aus einer amerikanischen Studie zeigen darüber hinaus, dass die Auskunftsbereitschaft mit der Höhe des Vermögens sinkt.*
>
> — Markus Grabka und Christian Westermeier, Pressmitteilung vom 11.2.2015

Im Oktober hatte Verteilungsfrage bereits über eine Studie des IMK berichtet, die aufzeigt, warum Daten der VGR und der gesamtwirtschaftlichen Vermögensbilanz nahelegen, dass die Vermögensungleichheit **deutlich größer** sein könnte. Demnach wäre die Vermögensungleichheit seit 2002 – anders als die Daten des DIW suggerierten – auch weiter **gestiegen**.

Nun hat das DIW im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung in einem aufwändigen Verfahren eine neue Schätzung der Vermögensdaten vorgenommen. Dabei ist wichtig anzumerken, dass die Daten weiterhin unter einer großen Unsicherheit stehen.

- Das zentrale Problem in Deutschland ist, dass seit der Einführung der **Abgeltungssteuer** Kapitaleinkommen anonym besteuert werden und dass es **keine Vermögenssteuer** mehr gibt. Die Steuerstatistik fällt daher als wichtige Quelle von Daten über die Vermögensverteilung weg.

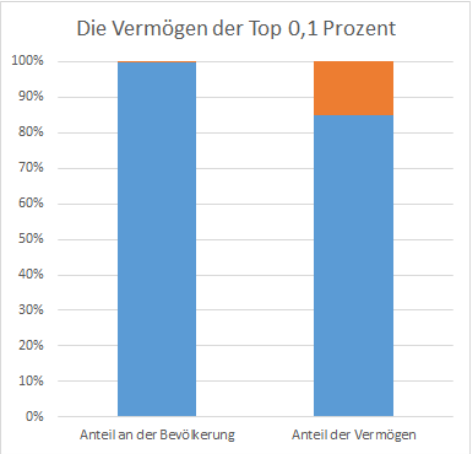
- Dies ist auch ein **Demokratieproblem**, wenn es keine verlässlichen Informationen mehr über den privaten Reichtum gibt, auf deren Grundlage eine Gesellschaft entscheiden könnte, wie sie im Sinne der Sozialpflichtigkeit des Eigentums mit dessen Schutz umgehen möchte.

Die Autoren der DIW-Studie haben nun die Milliardärsliste **des Forbes-Magazins** genutzt, um bisherige Daten zur Vermögensverteilung zu korrigieren.

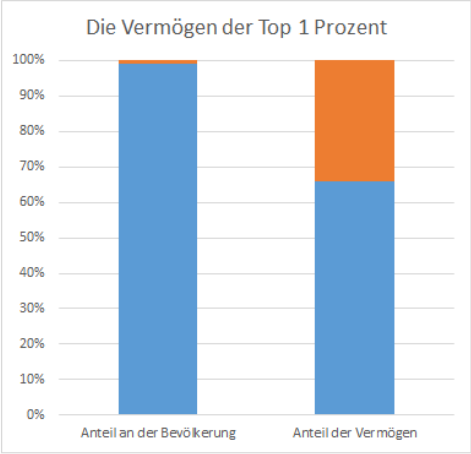
Damit schätzen sie den **Anteil des vermögendsten Prozents der Deutschen** fast doppelt so hoch ein wie bislang angenommen: auf **rund ein Drittel der Gesamtvermögen**.

Der Anteil der **reichsten 0,1 Prozent (!)** wurden noch deutlich stärker nach oben korrigiert: Er wäre nach diesen neuen Schätzungen dreimal so hoch wie bisher angenommen, bei **rund 15% der Gesamtvermögen**. Damit besitzt dieser Teil der Bevölkerung rund 150 mal so viel wie sein Anteil an der Bevölkerung ausmacht.

Zur Illustration, die jeweiligen Anteile an der Bevölkerung und an den Vermögen:

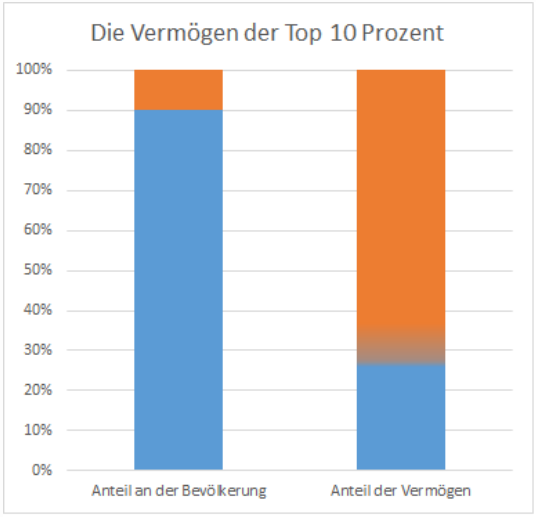



*Eigene Darstellung. Quelle: DIW*




*Eigene Darstellung. Quelle: DIW*

Die reichsten **zehn Prozent** der Bevölkerung besitzen den Schätzungen zufolge zwischen 63 und 74 Prozent der Vermögen, also bis zu **drei Viertel**:




*Eigene Darstellung. Quelle: DIW*

Auch das **Gesamtvermögen** der Deutschen liegt mit den Schätzungen des DIW deutlich höher, um rund 3 Billionen (also 3000 Milliarden) bei **9,3 Billionen Euro** (also 9300 Mrd).

Auch wenn Bundeswirtschaftsminister Gabriel der Meinung ist, sie sei "tot": Es wird Zeit, über eine Wiedereinführung der **Vermögenssteuer** nachzudenken. Damit würde nicht nur das Problem der unklaren Datenlage gelöst. Es könnte auch der zu erwartenden weiteren Zunahme der Vermögensungleichheit entgegengewirkt werden, vor der Thomas Piketty so eindringlich warnt.

Das Problem der Vermögensungleichheit in Deutschland dürfte sich in den kommenden Jahren noch deutlich verschärfen: Weil die **Lebenseinkommen** zunehmend ungleich werden und weil der **demographische Wandel** dazu führt, dass auf jeden Erblasser immer weniger Erben kommen. Die Sozialdemokraten wären also gut beraten, sich auf ihre Wurzeln zurückzubesinnen.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Ungleichheit: Neues Globales Megathema

## FT-Kommentar zu Ungleichheit: The message is sinking in

1. Oktober 2014 · von Julian Bank

In der gestrigen Print-Ausgabe der Financial Times kommentiert der einflussreiche Kolumnist Martin Wolf unter dem Titel "Why inequality is such a drag on economies" – warum Ungleichheit Volkswirtschaften so schade. Wolf betont, dass Ungleichheit sowohl aus moralischen und politischen Gründen, als auch aus ökonomischen Gründen Anlass zur Besorgnis gebe. In seinem Kommentar konzentriert er sich auf die ökonomischen Folgen. Er reiht sich damit in eine wachsende Zahl von wirtschaftspolitischen Beobachtern ein, die diese Position vertreten.

Seine Punkte im Überblick:

- Die USA der vergangenen Jahrzehnte stellten ein **Versuchslabor für ökonomische Folgen der Ungleichheit** dar – mit beunruhigenden Ergebnissen

- Diese Erkenntnis werde mittlerweile auch jenseits der üblichen Verdächtigen vertreten. Zuletzt positionierten sich sogar zwei der – sozialistischer Umtriebe eher unverdächtigen – **US-Ratingagenturen** so: Standard & Poor's und Morgan Stanley

- Die **Ungleichheit in den USA habe auf dramatische Weise zugenommen**: Die obersten 3% in der Einkommensverteilung erhielten knapp ein Drittel aller Einkommen. Die obersten 10 Prozent knapp die Hälfte. Während das Medianeinkommen von Familien in den letzten Jahren gesunken sei, hätte sich gleichzeitig das Durchschnittseinkommen erhöht: Ein klares Anzeichen für eine auseinanderdriftende Schere und ein Abhängen der Mittelschicht

- Begründet liege der Anstieg der Ungleichheit darin, dass sich **schlecht bezahlte, prekäre Beschäftigungsverhältnisse** im Bereich niedriger Qualifikationen ausbreite und zugleich die 'Prämien' auf hohe Berufsabschlüsse anstiegen

- Darüber hinaus komme die **Steuer- und Ausgabenpolitik** der vergangenen Jahrzehnte den unteren Schichten immer weniger zugute: Die untersten 20% der Einkommenbezieher der USA erhielten im Jahr 2012 nur noch 36% der Transferzahlungen der US-Bundesebene, verglichen mit 54% im Jahr 1979

- Die Arbeitgeberbeiträge in den USA seien mittlerweile ‘regressiv’, belasteten die unteren Einkommensbezieher also überproportional im Vergleich zu den Beziehern von Spitzeneinkommen

- Desweiteren seien die Vorstandsvergütungen explodiert und es habe eine Verschiebung von Arbeits- hin zu Kapitaleinkommen gegeben

- Schließlich nutze die **Geldpolitik** der Federal Reserve vor allem den Wohlhabenden, angesichts der intensiven Bemühungen, die Vermögenspreise nach oben zu treiben

- Zwei ökonomische Folgen der Ungleichheit stächen hevor: eine **schwächelnde gesamtwirtschaftliche Nachfrage** und ausbleibende Fortschritte in der Bildungsexpansion weiter Teile der Gesellschaft

- Bis zur Finanzkrise seien die Stagnation der Realeinkommen durch Privatverschuldung ausgeglichen worden; seitdem herrsche ein Nachfragemangel.

- Angesichts der begrenzten Möglichkeiten der hochverschuldeten US-Regierung sei ohne eine Reduzierung der Ungleichheit nicht erkennbar, wie diese Lücke geschlossen werden könne. Die Unternehmen hielten sich mit Investitionen zurück, eben wegen der Erwartung schwacher Nachfrage – und auch in höheren Exporten liege keine Lösung, da alle Länder versuchten exportgetriebenes Wachstum zu erreichen.

- Zur Bildung: Die USA seien das einzige reiche Land, in dem die heutige Generation in der ersten Berufsphase (24-34 Jahre) keine höheren Qualifikationsniveaus hätte als diejenigen die vor dem Ausstieg aus dem Berufsleben stünden (55-64 Jahre). Zum Teil liege das am **mangelnden Zugang zu Bildungschancen** der ökonomisch Benachteiligten

- Alles in allem seien daher die Zukunftsaussichten für die wirtschaftliche Entwicklung in den USA düster: die von vielen Beobachtern erwartete ‘**secular stagnation**‘, also dauerhaft niedrige Wachstumsraten, hinge mit den genannten Verteilungsentwicklungen zusammen.

- Dabei reiche das Problem jedoch noch tiefer, angesichts zunehmend **an den Interessen von “Plutokraten” ausgerichteter Politik** entgegen dem repulikanischen Grundsatz politischer Gleichheit:

> *The costs to society of rising inequality go further. To my mind, the greatest costs are the erosion of the republican ideal of shared citizenship.*
>
> — Martin Wolf, Financial Times (30.9.2014)

Zum Artikel in der Financial Times (Anmeldung erforderlich) →

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# NYT–Kolumne: Ungleichheit für Anfänger

24. Juli 2014 · von Julian Bank

**„Ungleichheit für Anfänger“** – eine Kolumne von Nicholas Kristof in der New York Times. Seine Punkte (zum Teil, aber nicht ausschließlich bezogen auf die USA):

**1.** Vermögensungleichheit hat *stark zugenommen* – Oxfam schätzt, die reichsten 85 Menschen weltweit besäßen die Hälfte des globalen Vermögens; in den USA besitzen die obersten 1% mehr als die untersten 90%

**2.** Ungleichheit wirkt *destabilisierend*

**3.** Ungleichheit ist nicht nur ein Ergebnis von Marktprozessen, sondern auch Resultat einer *Manipulation von Märkten und demokratischen Prozessen*

**4.** Ungleichheit nutzt den Reichen weniger als man denken würde, weil viele Güter *„positionale“ Güter* sind, deren Wert sich zumindest zum Teil aus dem Vergleich mit anderen speist

**5.** Linke reden aus seiner Sicht zu viel über Ungleichheit und zu wenig über *Chancen und soziale Mobilität*, weil letzteres Thema stärker über die politischen Lager hinweg konsensfähig sei

New York Times →

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Ratingagentur S&P sieht Ungleichheit als Wachstumshemmnis

19. August 2014 · von Julian Bank

Eine kürzlich veröffentlichte Studie bezeichnet zu große Einkommensungleichheit als Wachstumshemmnis. Es ist kein neues Forschungsergebnis, das hier aufhorchen ließe – sondern es ist vielmehr interessant, wer diese Studie veröffentlicht hat: die **Ratingagentur Standard & Poor’s**.

In einem lesenswerten Artikel zu der Studie heißt es dazu in der **New York Times**:

> *(…) the new S.&P. report is a sign of how worries that income inequality is a factor behind subpar economic growth over the last five years (and really the last 15 years) is going from an idiosyncratic argument made mainly by left-of center economists to something that even the tribe of business forecasters needs to wrestle with.*
>
> — Neil Irwin, New York Times 5.8.2014

Auf Deutsch gibt es zu der S&P-Studie einen Artikel auf **Zeit-Online**.

In eine ganz ähnliche Richtung wie einige der von S&P zitierten Studien geht ein Forschungsprojekt von Behringer, Belabed, Theobald und van Treeck. Hier wird zusätzlich aufgezeigt, wie Ungleichheit in Ländern mit traditionell höherer Sparquote als in den USA, die eher unter einer binnenwirtschaftlichen Nachfrageschwäche leiden, ebenfalls zu makroökonomischer Instabilität beitragen kann. In diesem Blogbeitrag auf **oekonomenstimme.org** werden wichtige Punkte dazu zusammengefasst.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# "Even it up!" – Oxfam startet globale Kampagne gegen soziale Ungleichheit

6. November 2014 · von Julian Bank

Oxfam, eine der größten NGOs weltweit, hat eine internationale Kampagne für den Abbau sozialer Ungleichheit gestartet. Damit wird in der gegenwärtigen Ungleichheitsdebatte nun auch der politische Druck erhöht, dass nationale Regierungen sich des Problems der vielerorts zuspitzenden Ungleichheitsproblematik annehmen.

Auf seiner deutschen Kampagnenseite schreibt Oxfam:

> *Extreme soziale Ungleichheit ist nicht naturgegeben – sie ist das Ergebnis einer Politik, die Vermögende bevorzugt und Regeln zu ihrem Wohl setzt. Die wachsende soziale Ungleichheit untergräbt demokratische Prozesse – in reichen wie in armen Ländern: Wohlhabende Eliten und große Unternehmen weltweit beeinflussen die Politik zu ihren Gunsten und manipulieren wirtschaftliche Spielregeln in ihrem Sinne. Diesen Einfluss wollen wir zurückfahren.*
>
> — Oxfam Deutschland

In einem englischsprachigen Erklärvideo zur Kampagne wird erläutert, warum sich Oxfam des Themas annimmt:

Zum Abbau der Ungleichheit müssten Regierungen in armen wie reichen Ländern soziale Leistungen ausbauen, statt sie zu beschneiden, und Steuereinnahmen gerecht erhöhen durch stärkere Besteuerung von wohlhabenden Bevölkerungsteilen und internationalen Konzernen, deren Steuervermeidungstaktiken große Einnahmeverluste des Staats bedeuteten.

Im Aktionsplan listet die Organisation zehn Punkte auf, darunter

- den Abbau von sozialer Ungleichheit zum **Leitprinzip internationaler Vereinbarungen** machen und die Schaffung nationaler Ungleichheits-Kommissionen
- die Schaffung von **Chancengleichheit für Frauen**, etwa hinsichtlich des weiterhin bestehenden Lohngefälles zwischen Frauen und Männern
- eine **Angleichung der Einkommen** allgemein durch gesetzliche Mindestlöhne in existenzsichernder Höhe und einen maximalen Abstand zwischen höchster und durchschnittlicher Bezahlung von 20:1 innerhalb von Unternehmen
- eine **faire Verteilung der Steuerlast** – indem große Unternehmen und reiche Privatpersonen stärker in die Pflicht genommen werden – und dafür auch eine **globale Vermögenssteuer** in Betracht gezogen werde
- das **Schließen internationaler Steuerschlupflöcher** – u.a. durch öffentliche länderbezogene Rechnungslegung von Unternehmenüber Gewinne und Steuern und durch automatisierten Austausch von Steuerinformationen

- einen Abbau der Ungleichheit in der **öffentlichen Daseinsvorsorge**: im Bildungsbereich, der Gesundheitsversorgung, durch flächendeckende Kinderbetreuung und Altenpflege

- eine **Entwicklungsfinanzierung**, die auch den Abbau der Ungleichheit befördert

Flankiert wird die Kampagne durch eine lesenswerte (englischsprachige) Studie, in der das Problem von Ungleichheit in verschiedenen Dimensionen anschaulich dargestellt wird: global und national, von oben („the billionaire boom“) und von unten („inequality as a barrier to poverty reduction“), und Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Die Studie diskutiert auch Mythen der Ungleichheit, etwa bezüglich von Anreizen, Leistungsgerechtigkeit, dem Neidvorwurf oder Wachstum.

Hier geht es direkt zur deutschprachigen Kampagnenseite →

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# LSE gründet Institut für Ungleichheitsforschung

1. Juni 2015 · von Julian Bank

Die London School of Economics (LSE) hat im Mai diesen Jahres ein neues Institut eröffnet: das International Inequalities Institute (III). Es steht unter Leitung der beiden Professoren John Hills und Mike Savage.

Mit diesem Schritt bündelt die LSE bisherige Forschungs- und Lehraktivitäten zur Ungleichheit und schafft ein eigenes Master-Programm, sowie 15 Doktorandenstipendien, für die eine Stiftung bereits 1 Mio. Pfund zur Verfügung gestellt hat (hier zeigt sich ironischerweise, wie Ungleichheit über das Stiftungswesen eine Demokratisierung gesellschaftlicher Prioritätensetzungen unterminiert).

Das Institut schafft ein Forum für Vorträge und Veranstaltungen zum Thema Ungleichheit, gestartet mit einem fulminanten Auftakt mit den Gästen Tony Atkinson, Thomas Piketty und Joseph Stiglitz.

*Tony Atkinson, Thomas Piketty und John Hills am 11. Mai 2015 in der LSE (Foto: Nigel Stead, LSE)*

Und nicht nur das. Die LSE konnte darüber hinaus Thomas Piketty als Gastprofessor gewinnen. Piketty ist damit von nun an sowohl an der Paris School of Economics (PSE), als auch an ihrem Londoner Vorbild, der LSE, als Dozent tätig.

Dem International Inequalities Institute kann man hier auf Twitter folgen: @LSEInequalities

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Thomas Piketty – Das Kapital im 21. Jahrhundert

## Piketty–Sonderseite

von Julian Bank

**Das Phänomen Piketty**

- Pikettys Wälzer (rund 700-1000 Seiten, je nach Sprache und Ausgabe), 2013 im französischen Original publiziert, entwickelte sich nach Erscheinen auf Englisch im Frühjahr 2014 zum**internationalen Bestseller** mit mehreren hundert Tausend verkauften Exemplaren

- In den Blogs und Feuilletons entspann sich eine**langanhaltende Debatte** über das Buch und über Ungleichheit insgesamt (siehe Linksammlung unten). Auf Twitter läuft ein unaufhörlicher Strom an Kommentaren zu dem Buch

- In Deutschland fiel die Debatte auf einen weniger fruchtbaren Boden: **viele deutsche Ökonomen verrissen das Buch**im scharfen Kontrast zu ihren internationalen Kollegen

**Worum geht es in dem Buch?**

- Thomas Piketty bringt eine**große Menge Daten** aus rund 20 Jahren empirischer Ungleichheits-Forschung zusammen mit einem **formalen Rahmen zur Analyse** von Ungleichheitsentwicklungen (zudem spickt er den Text mit Verweisen nicht nur auf ökonomische Theoriegeschichte, sondern auch auf Literaturklassiker und Hollywoodfilme)

- Ein zentraler Baustein der Daten – historische Zeitreihen zur Entwicklung der Anteile der Spitzeneinkommen am gesamten Einkommen – finden sich in der sogenannten **World Top Incomes Database**

- Drei zentrale **empirische Befunde** Pikettys verweisen auf einen **Anstieg der Ungleichheit**: ein zunehmender Anteil der Spitzeneinkommen am gesamten Einkommen, insbesondere in den USA; ein zunehmender Anteil hoher Vermögen an den gesamten Vermögen; sowie ein schnelleres Wachstum der Vermögen als der Einkommen insgesamt, insbesondere in Europa

- Piketty formuliert zwei „**fundamentale Gesetze des Kapitalismus**“, die an sich recht unstrittig sein sollten, da sie nur eine mathematische Definition und ein mathematisches Prinzip beschreiben (siehe unten)

- Ferner argumentiert Piketty, dass es historisch eine Tendenz gibt, dass die **Kapitalrendite größer ist als die Wachstumsrate**: Bei ungleich verteilten Vermögen führt dies – gesetzt die Sparquote der Vermögenden ist ausreichend hoch – zu einem automatischen Auseinanderdriften in der Vermögensverteilung. Es wird immer schwieriger ohne Vermögen und nur mit Arbeit diejenigen einzuholen, die bereits Vermögen besitzen deren Einkommen insgesamt schneller wachsen

- Piketty wird jedoch – anders als mancher Kritiker suggeriert – nicht müde zu betonen, dass diese eher mechanische Entwicklung kein Automatismus ist, sondern dass diese **Ungleichheitsdynamik durch Politik durchbrochen werden kann** – etwa durch Vermögensbesteuerung – und er zeigt, dass dies historisch bereits gelungen ist

- Pikettys Analyse der **historischen Entwicklung von Wachstumsraten** des Nationaleinkommens – sowohl technologisch, als auch demographisch bedingt – verdeutlicht, warum es unwahrscheinlich erscheint, dass die Wachstumsrate in Zukunft ähnlich hoch oder gar höher liegen könnte als die Kapitalrendite

- Im letzten Teil des Buchs formuliert Piketty **politische Lösungsvorschläge** wie eine globale Vermögenssteuer, eine stärker progressive Einkommensbesteuerung mit wesentlich höheren Spitzensteuersätzen und Maßnahmen zur Eindämmung von Steueroasen

### Pikettys „fundamentale Gesetze des Kapitalismus“ und historische Tendenzen

- Das **„erste fundamentale Gesetz“** definiert mit einer mathematischen Gleichung den Anteil der Kapitaleinkommen am Nationaleinkommen als das Produkt aus Kapitalrendite r und dem gesamten Bestand an Nettovermögen eines Landes, ausgedrückt wiederum in Prozent des Nationaleinkommens (genannt „beta“)

- Das **„zweite fundamentale Gesetz“** formuliert ein mathematisches Prinzip, nach dem langfristig beta (also das Nettovermögen ausgedrückt in Prozent oder Jahren des Nationaleinkommens) zum Verhältnis zwischen gesamtwirtschaftlicher Sparquote und der Wachstumsrate konvergiert

- An Brisanz gewinnen diese beiden „Gesetze“ erst mit der **historischen Tendenz „r>g“**, die Piketty ausmacht: die Kapitalrendite r sei in der Regel größer als die Wachstumsrate g – und gerade für die Zukunft sei zu erwarten, dass dieses Verhältnis sich nicht grundlegend ändere

- Zudem spielt die **Sparquote** eine entscheidende Rolle: Vermögende sparen tendenziell einen größeren Anteil ihres Einkommens

- Typischerweise sind schließlich die **Kapitalrenditen bei großen Vermögen überdurchschnittlich hoch**

- Im Zusammenspiel der beiden Gesetze und der genannten empirischen Tendenzen ist somit eine dramatische Zunahme der die Ungleichheit zwischen Vermögenden und denjenigen, die lediglich durch Arbeit Einkommen erzielen können, zu befürchten – sofern diese Triebkräfte nicht unterbrochen werden

*Vgl. Behringer et al. 2014, IMK Report 99, Infobox 2*

### Der Autor: Thomas Piketty

Der französische Ökonom Thomas Piketty, Jahrgang 1973, lehrt an der Paris School of Economics. Er ist Mit-Herausgeber der World Top Incomes Database, einer Zusammenstellung der Spitzeneinkommen und deren Anteil am

Gesamteinkommen in einer Vielzahl von Ländern und über lange Zeitverläufe, zum Teil seit Mitte des 19. Jahrhunderts. Eine Liste seiner wissenschaftlichen Publikationen findet sich hier.

Ein lesenswertes Portrait schrieb Nils Minkmar im Mai 2014 im FAZ-Feuilleton.

**Linksammlung**

- Ein sehr lesenswerter Text zum Einstieg ist der Gast-Beitrag von **Till van Treeck** bei Capital

- Ebenfalls lesenswert ist eine ausführliche Besprechung in Wirtschaft und Gesellschaft von **Jakob Kapeller**

- Das Buch (und kostenlose E-Book) "Thomas Piketty und die Verteilungsfrage" (**Hg. Bofinger / Horn / Schmid / van Treeck**) gibt einen vertiefenden Einblick in verschiedene Debatten um Pikettys Buch insbesondere mit Blick auf Deutschland

- Ein **Historiker-Symposium** würdigt Piketty relativ spät, aber dafür mit umso mehr Bedacht. Hebt sich wohltuend innerhalb der deutschen Piketty-Rezeption ab

- Das **Theorieblog** – Forum für politische Theorie und Philosophie – hat ein interessantes Piketty-Buchforum ins Leben gerufen

- Auch der britische **Economist** hat dem Buch einen „Book Club" gewidmet – mit Beiträgen zur Einleitung (Teil 1 und Teil 2), zu Kapitel 1, Kapitel 2, Kapitel 3 und 4, Kapitel 5 und 6, Kapitel 7, 8, und 9, sowie zu Kapitel 10, 11 und 12. Eine Zusammenfassung des Buchs in vier Absätzen gibt es dort auch

- Der internationale Zeitungszusammenschluss für Meinungsbeiträge **Project Syndicate** hat einePiketty-Spezialseite mit vielen lesenwerten Beiträgen zu Piketty, häufig auch in deutscher Übersetzung verfügbar

- US-Ökonom **Brad de Long** hat eine lesenswerte Liste mit interessanten Piketty-Rezensionen zusammengestellt, mit jeweiligen Auszügen

- **Harvard University Press** selbst versorgt die Piketty-Intessenten mit einer langen Liste an Zitaten aus Rezensionen und Beiträgen zu Piketty im englischsprachigen Netz

- Der einflussreiche **Thinktank Bruegel** aus Brüssel hat sich viel Arbeit mit einer Zusammenfassungwesentlicher Beiträge in der Piketty-Debatte gemacht

- Das Blog **Political Theory – Habermas and Rawls**wartet auch mit einer langen Auflistung wichtiger englischsprachiger Beiträge zur Piketty-Debatte auf

- Der **Guardian** bringt – eingerahmt von passenden Illustrationen – eine Reihe von Ökonomenzusammen, die das "Phänomen Piketty" zu erklären suchen.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Ungleichheit: "Das neue Mega-Thema"

7. Oktober 2014 · von Julian Bank

In einem sehr lesenswerten Gastbeitrag auf Capital.de geht Till van Treeck auf die Debatte um Thomas Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert" ein. Er erläutert, warum Pikettys Buch einen kaum zu unterschätzenden Beitrag in der zeitgenössischen wirtschaftswissenschaftlichen Debatte darstellt und wie die von Piketty analysierten Ungleichheitsmechanismen genau funktionieren.

Zentrale Punkte des Beitrags:

- Piketty weise auf **drei empirische Phänomene** hin, „die alle einen Anstieg der ökonomischen Ungleichheit signalisieren": ein zunehmender Anteil der Spitzeneinkommen am gesamten Einkommen; ein zunehmnder Anteil hoher Vermögen an den gesamten Vermögen; sowie ein schnelleres Wachstum der Vermögen als der Einkommen insgesamt

- Pikettys Daten stellten eine wichtige Verbesserung von Ungleichheitsdaten dar, weil sie auf **amtlichen Steuerstatistiken** beruhen und nicht auf freiwilligen Haushaltsbefragungen, welche die Ungleichheit meist unterschätzen

- Piketty kombiniere zwei „**fundamentale Gesetze des Kapitalismus**" – „elementare definitorische und arithmetische Zusammenhänge" – mit einer **empirischen Beobachtung**: Dass die Kapitalrendite r typischerweise größer sei als die Wachstumsrate g. Im Ergebnis erkläre Piketty daraus eine Tendenz zu steigender Ungleichheit

- Pikettys Fokus auf das Verhältnis von r und g stelle eine **Provokation neoklassischer Orthodoxie** dar, weil r > g einerseits eine Selbstverständlichkeit in deren Modellen wäre, diese Modelle zugleich jedoch für Ungleichheit blind seien

- Eine zentrale Rolle in Pikettys Argument spielten **Unterschiede der Sparquoten** zwischen den Haushalten – einen Aspekt, der in der bisherigen Debatte um Thomas Piketty eher untergegangen sei (nicht so jedoch in diesem Blog, in einem Beitrag des Autors):

> Das ist die zentrale Ungleichheitsfeder im Kapitalismus: Weil die Reichen reich sind, können sie mehr sparen als arme Haushalte, und deswegen bilden sie höhere Vermögen, erzielen höhere Kapitaleinkommen, können noch mehr sparen und so weiter. Hinzu kommt, dass Reiche in der Regel höhere Renditen auf ihr Vermögen erzielen, weil sie ihr Portfolio besser diversifizieren und risikofreudiger sein können. Je höher außerdem die Rendite auf Vermögen, und je geringer das Wirtschaftswachstum, desto leichter fällt es den reichen Haushalten, ihre relative Vermögensposition weiter zu verbessern und zu vererben.
>
> Till van Treeck, Capital.de, 7.10.2014

- Angesichts einer von einigen Ökonomen erwarteten **säkularen Stagnation**, also dauerhaft niedrigen Wachstumsraten, könnten sich diese Dynamiken noch verschärfen

- Dabei spiele die wachsende Ungleichheit auch **makroökonomisch eine destabilisierende Rolle** – durch eine Überschuldung der Privathaushalte in den USA und durch das in allen Sektoren ausgeprägte Sparverhalten in Deutschland, das zu den Exportüberschüssen und der Nachfrageschwäche in Europa beitrage

Hier geht es direkt zum Artikel auf Capital.de. →

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Zur Bedeutung unterschiedlicher Sparquoten für Pikettys „Gesetze des Kapitalismus"

## Einige einfache Simulationen

18. Juli 2014 · von Till van Treeck

In seinem Bestseller "Capital in the 21st Century" hat Thomas Piketty – neben seinen bahnbrechenden empirischen Ergebnissen – ein kleines makroökonomisches Modell präsentiert, das zu intensiven Debatten über die Entwicklung von Vermögens- und Einkommensungleichheit geführt hat.

***(Click here for an English version of this article.)***

In dieser Excel-Datei (*.xlsx-Datei*) habe ich versucht, auf Basis von Pikettys Modell einige Simulationen zu entwickeln, die selbst für Nicht-Spezialisten hilfreich sein sollten, um ein Gespür davon zu entwickeln, worum es in den Debatten über Pikettys Theorie eigentlich geht. Speziell betone ich die Bedeutung von unterschiedlichen Sparquoten (die oberen Einkommensgruppen sparen einen höheren Anteil ihrer Einkommen als die unteren) für die Entwicklung der Ungleichheit.

Ein besonders wichtiger Streitpunkt in der aktuellen Piketty-Debatte liegt in den Implikationen des Verhältnisses von r (Kapitalrendite) und g (Wirtschaftswachstum) für die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen in Pikettys Modell. Eine übliche Interpretation von Piketty besagt, dass das Verhältnis von Vermögen eines Landes zu dem jährlichen Nationaleinkommen (genannt „beta") sowie die Vermögens- und Einkommensungleichheit immer dann zunehmen, wenn r > g gilt (vgl. die Diskussion in Larry Summers, "The Inequality Puzzle"). Diese Interpretation gibt Piketty tatsächlich selbst in der Einleitung zu seinem „Kapital im 21. Jahrhundert":

> *When the rate of return on capital exceeds the rate of growth of output and income, as it did in the nineteenth century and seems quite likely to do again in the twenty-first, capitalism automatically generates arbitrary and unsustainable inequalities…*
>
> Thomas Piketty, Capital in the 21st Century

Piketty weiß natürlich und erklärt später in seinem Buch, dass r > g streng genommen nur dann steigende Ungleichheit notwendig impliziert, wenn die Sparquote aus Kapitaleinkommen bei 100 % liegt (vgl. Jakob Kapeller, "Die Rückkehr des Rentiers" *(pdf)*). Allerdings waren manche Ökonomen (z.B. Stefan Homburg, "Critical Remarks on Piketty's 'Capital in the 21st Century'" *(pdf)*) schnell dabei, Pikettys Analyse zu verwerfen, weil sie auf ebendieser eher unrealistischen Annahme zu beruhen scheint. Der naheliegende Schluss: Wenn Piketty hier schon falsch liege, warum sich überhaupt weiter mit dem Thema Ungleichheit herumschlagen? In der Zwischenzeit behaupteten wieder andere, dass im Gegenteil „steigende Ungleichheit nichts zu tun hat mit r > g" (vgl. die Diskussion in Justin Wolfers, "Inequality and Growth" *(pdf)*).

Im Ergebnis ist die Debatte manchmal schwer nachzuvollziehen und besonders für Nicht-Spezialisten womöglich bisweilen frustrierend.

Deswegen könnte es lohnend sein, ein wenig mit den numerischen Simulationen von Pikettys Model „herumzuspielen", die in der hier

(*.xlsx-Datei*) verlinkten Excel-Datei enthalten sind. Die Simulationen sind nicht unbedingt historisch realistisch, aber sie mögen trotzdem hilfreich sein, eine Intuition zu der relativen Bedeutung der zentralen Parameter des Modells zu entwickeln und nachzuvollziehen, wie sich je nach Parameterkonstellation unterschiedliche Ergebnisse der Einkommens- und Vermögensungleichheit über verschiedene Zeithorizonte ergeben.

Eine allgemeine Schlussfolgerung, die aus den Simulationen gezogen werden kann, ist, dass die Bedeutung des r-g-Verhältnisses im Zusammenhang gesehen werden muss. Mindestens ebenso wichtig für die Entwicklung der Ungleichheit ist, dass die Sparquote (aus den gesamten Einkünften über den Lebensverlauf) von einkommensstärkeren Haushalten typischerweise höher ist als die von einkommensschwächeren Haushalten. Obwohl diese Feststellung ebenso intuitiv einleuchtend wie empirisch untermauert ist, wird sie von vielen makroökonomischen Modellen weiterhin ignoriert (oder per Annahme „repräsentativer Agenten“ wegdefiniert). Die Kritik etwa von Stefan Homburg basiert auf einem Modell, in dem es keine Einkommensgruppen mit unterschiedlichen Sparquoten gibt.

Wenn nämlich die Sparquoten unabhängig vom relativen Einkommen wären, dann wäre auch das Verhältnis von Vermögen zu Einkommen für die einzelnen Haushalte unabhängig von deren relativen Einkommen. Langfristig wäre dann die Vermögens- und Einkommensverteilung identisch mit der Lohnverteilung, und das Verhältnis von r und g wäre irrelevant für die Verteilungsentwicklung. Wenn hingegen die oberen Einkommensgruppen höhere Sparquoten haben als die unteren Einkommensgruppen, sind die Einkommen langfristig ungleicher verteilt als die Löhne, weil die Vermögen und Kapitaleinkommen ungleicher verteilt sind. Ein hohes r-g-Verhältnis verschärft dies natürlich.

Nun haben sich empirisch die Sparquoten einkommensstarker und einkommensschwacher Haushalte in den letzten Jahrzehnten, als auch die Einkommensungleichheit zunahm, vielerorts weiter auseinanderentwickelt. Mögliche Gründe dafür haben Kollegen und ich in einem vom Institute for New Economic Thinking (INET) geförderten Forschungsprojekt näher untersucht. Ausgangspunkt ist dabei die sogenannte Relative Einkommenshypothese des Konsums.

Weiteres findet sich hier (*.xlsx-Datei*) in der Excel-Datei.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Weekly Piketty 3: Pikettys normativer und wissenschaftstheoretischer Standpunkt

19. Oktober 2014 · von Julian Bank

Thomas Piketty ist ein konventioneller und unkonventioneller Ökonom zugleich. Es ist vielleicht auch dieses Spannungsverhältnis, das zu erklären hilft, warum er so einen großen Erfolg mit seinem Buch "Das Kapital im 21. Jahrhundert" erzielen konnte.

In den bisherigen *Weekly Pikettys* wurde das dem Buch zugrundeliegende Forschungsvorhaben einer langfristigen, empirisch fundierten Analyse der historischen Ungleichheitsentwicklung und sein zentraler Befund einer starken Ungleichheitstriebkraft diskutiert. Diese Woche treten wir gemeinsam mit Piketty einen Schritt zurück und schauen uns seinen normativen und wissenschaftstheoretischen Standpunkt an.

In gewisser Weise ist Piketty ein sehr konventioneller Ökonom. Er fundiert seine Arbeit empirisch und nutzt wichtige Analyserahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) sowie der neoklassischen Wachstumstheorie. Manchen geht Piketty daher auch nicht weit genug in seiner – unterm Strich – dennoch recht kritischen Betrachtung des Kapitalismus von gestern, heute, und möglicherweise – wenn die Weichen so gestellt bleiben – morgen.

Piketty macht auch deutlich, dass er eine marktwirtschaftliche Ordnung nicht per se problematisch findet: „I have no interest in denouncing inequality or capitalism per se (…)." Ähnlich äußerte er sich in einem FAZ-Interview: „Ich bewundere den Kapitalismus, ich bewundere das Privateigentum und ich bewundere die Marktwirtschaft. (…) Natürlich hänge ich am Privateigentum, weil es eine Grundlage unserer Freiheit darstellt."

Aber – und hier unterscheidet er sich doch fundamental von vielen Mainstream-Ökonomen – er gibt unumwunden zu, dass er überhaupt einen normativen Standpunkt hat:

> *By contrast, I am interested in contributing, however modestly, to the debate about the best way to organize society and the most appropriate institutions and policies to achieve a just social order. Furthermore, I would like to see justice achieved effectively and efficiently under the rule of law, which should apply equally to all and derive from universally understood statutes subject to democratic order.*
>
> Thomas Piketty, Capital in the 21st Century, p. 31

Auch wenn er damit fast etwas naiv klingen mag – man sollte sich klar machen, dass eine solche Ehrlichkeit von den allermeisten Ökonomen schlicht durch lautes Schweigen zu diesen Fragen umgangen wird: Viele suggerieren, ihre Arbeit wäre rein ‚wissenschaftlich', völlig wertneutral: Politiker oder Wähler müssten politische Zielvorgaben normativ klären, Ökonomen forschten dann lediglich nach den ‚optimalen' Mitteln und Wegen. Es ist natürlich ein großer Methodenstreit, ob solch ein Anspruch einzulösen ist oder ob er nicht vielmehr eine Illusion ist. Dennoch: Die meisten Ökonomen bewahren sich in dieser Frage anders als Piketty eine Aura der vermeintlichen Seriösität, indem sie sich zu solchen Äußerungen gar nicht erst hinreißen lassen.

Piketty macht sich darüber hinaus nicht unbedingt Freunde mit seinen Bemerkungen zur Ökonomenzunft. Er bemängelt die „kindliche Leidenschaft für Mathematik" und eine oft „hoch-ideologische Spekulation auf Kosten historischer Forschung und der Zusammenarbeit mit den übrigen Sozialwissenschaften":

> *This obsession with mathematics is an easy way of acquiring the appearance of scientificity without having to answer the far more complex questions posed by the world we live in.*
>
> Thomas Piketty, Capital in the 21st Century, p. 32

Und:

> *In fact, those methods rely on an immoderate use of mathematical models, which are frequently no more than an excuse for occupying the terrain and masking the vacuity of the content.*
>
> Thomas Piketty, Capital in the 21st Century, p. 574

Und Piketty ist jemand, der weiß wovon er redet: Er beherrscht nicht nur sein Handwerk in der Zusammenstellung historischer Zeitreihen (und zwar offenkundig besser als seine Kritiker von der Financial Times). Auch die in der Disziplin hochgeschätzten Veröffentlichungen in sogenannten „A+ Journals“ kann er allzu zahlreich vorweisen. Mit 22 war er bereits promoviert und fand in den USA Anerkennung für seine technischen Fähigkeiten. Am Ende zog es ihn jedoch, wie er selbst in der Einleitung schreibt, zurück nach Frankreich, weil er dort eine realitätsnähere Wirtschaftswissenschaft zu finden glaubte.

Doch er bedauert die Entwicklungsrichtung der Volkswirtschaftslehre der vergangenen Jahrzehnte hin zu einer Pseudo-Naturwissenschaft:

> *The truth is that economics should never have sought to divorce itself from the other social sciences and can advance only in conjunction with them. The social sciences collectively know too little to waste time on foolish disciplinary squabbles.*
>
> Thomas Piketty, Capital in the 21st Century, p. 32/33

Es sei “fürchterlich arrogant”, sich überhaupt “science” zu nennen – ein Begriff der suggeriere, es handele sich um eine exakte Wissenschaft wie die Physik und Mathematik. Und so vertritt Piketty auch die Meinung dass gerade nicht nur Ökonomen oder Wissenschaftler allgemein diejenigen wären, die allein dazu befähigt seien, gesellschaftliche Zukunftsfragen zu durchdenken und an öffentlichen Debatten darüber teilzunehmen. Sie erfüllten eine wichtige Aufgabe, indem sie zur öffentlichen Aufklärung beitrügen. Aber am Ende wären alle Bürgerinnen und Bürger gefragt, ihren Standpunkt in den demokratischen Prozess einzubringen:

> *It is illusory, I believe, to think that the scholar and the citizen live in separate moral universes, the former concerned with means, the latter with ends.*
>
> Thomas Piketty, Capital in the 21st Century, p. 574

Vor allem, so Piketty, sei dies auch gefährlich und läge nicht im Interesse der schlechter gestellten Teile der Gesellschaft. Es sei in ihrem ureigensten Interesse, Verteilungsfragen wieder in den Mittelpunkt ökonomischen Denkens und gesellschaftlicher Debatten zu rücken, wie es in den letzten Sätzen des Buchs heißt:

> *Those who have a lot of it [money] never fail to defend their interests. Refusing to deal with numbers rarely serves the interests of the least well-off.*
>
> Thomas Piketty, Capital in the 21st Century, p. 577

Es mag sein, dass es genau diese Mischung ist, die Pikettys Erfolg zu erklären hilft: Er ist einerseits methodisch konventionell und anknüpfungsfähig am ökonomischen Mainstream. Und zugleich thematisiert er mit der Verteilungsfrage eine brennende Frage unserer Zeit – und er scheut dabei nicht davor zurück, hier klar Position zu beziehen.

*Nächste Woche geht es um Pikettys Kapitalbegriff. Wie genau definiert er Kapital? Und gibt es einen Unterschied zu Vermögen?*

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Weekly Piketty 4: Pikettys Kapitalbegriff

26. Oktober 2014 · von Julian Bank

Mit dem Titel seines Bestsellers über Ungleichheit – „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ – kokettiert Thomas Piketty augenscheinlich mit Karl Marx und dessen dreibändigem Werk „Das Kapital“. Doch was Piketty unter Kapital versteht unterscheidet sich doch wesentlich von dem was Marx darunter gefasst hatte. Piketty verprellt mit seiner Definition von Kapital allerdings nicht nur Marxisten, sondern auch Ökonomen des Mainstreams.

Piketty verwendet die Begriffe **Vermögen und Kapital synonym** (vgl. p. 47). Er definiert sie wie folgt:

> *In this book, capital is defined as the sum total of nonhuman assets that can be owned and exchanged on some market. Capital includes all forms of real property (including residential real estate) as well as financial and professional capital (plants, infrastructure, machinery, patents, and so on) used by firms and government agencies.*
>
> Thomas Piketty, Capital in the 21st Century, p. 46

Piketty begründet dies indem er mögliche Einwände kurz diskutiert.

*Einwand eins: Sollte Kapital nicht lediglich **von Menschen akkumulierte Vermögen** bezeichnen, statt auch Land und natürliche Resourcen?*

Dieser Einwand kommt [PDF] beispielsweise von dem marktliberalen Ökonomen Stefan Homburg. Hier argumentiert Piketty, dass es schwierig sei, den Wert von Gebäuden und Land beispielsweise sauber auseinander zu halten. Auch könne man nur schwerlich den Wert ‘unberührten’ Landes ermessen, da die meisten Landschaften jahrtausendealte Kulturlandschaften seien.

> *[O]f course, this choice does not eliminate the need to look closely at the origins of wealth, especially the boundary line between accumulation and appropriation*
>
> Thomas Piketty, Capital in the 21st Century, p. 47

*Einwand zwei: Sollte nicht lediglich als Kapital zählen, was **produktiv** ist, also was direkt in **wirtschaftliche Produktionsprozesse** eingebunden ist?*

Eine solche Kritik äußerte beispielsweise Joseph Stiglitz. Auch hier argumentiert Piketty, dass es nicht immer einfach sei, Grenzen zu ziehen. Selbst Gold, das scheinbar nur als Wertaufbewahrungsmittel diene, könne nicht nur im Juwelier-Gewerbe, sondern auch in der Mikroelektronik und Nanotechnologie als Produktionsfaktor eingesetzt werden. Piketty behauptet:

> *Capital in all its forms has always played a dual role, as both store of value and a factor of production.*
>
> Thomas Piketty, Capital in the 21st Century, p. 48

*In eine ähnliche Richtung geht Einwand drei: Sollten nicht zumindest **Immobilien** als ‘unproduktives Kapital’ ausgeschlossen werden?*

Erneut begründet Piketty seine Entscheidung, auch Immobilien als Kapital zu zählen, damit, dass es schwierig sei, abzugrenzen, wann denn eine Immobilie nun eher ‘produktiv’ sei – indem sie ihren Bewohnern Nutzen stifte – und wann sie ‘lediglich’ als Geldanlage diene.

> *The truth is that all these forms of wealth are useful and productive and reflect capital’s two major economic functions.*
>
> Thomas Piketty, Capital in the 21st Century, p. 31

Piketty wertet zugleich Humankapital nicht als Kapital – wohingegen immaterielle Kapitalformen wie Patente und anderes geistiges Eigentum als nicht-finanzielles oder finanzielles Kapital (indirekt, beim Eigentum an Unternehmen, die wiederum Inhaber von Patenten sind) eingingen (p.49).

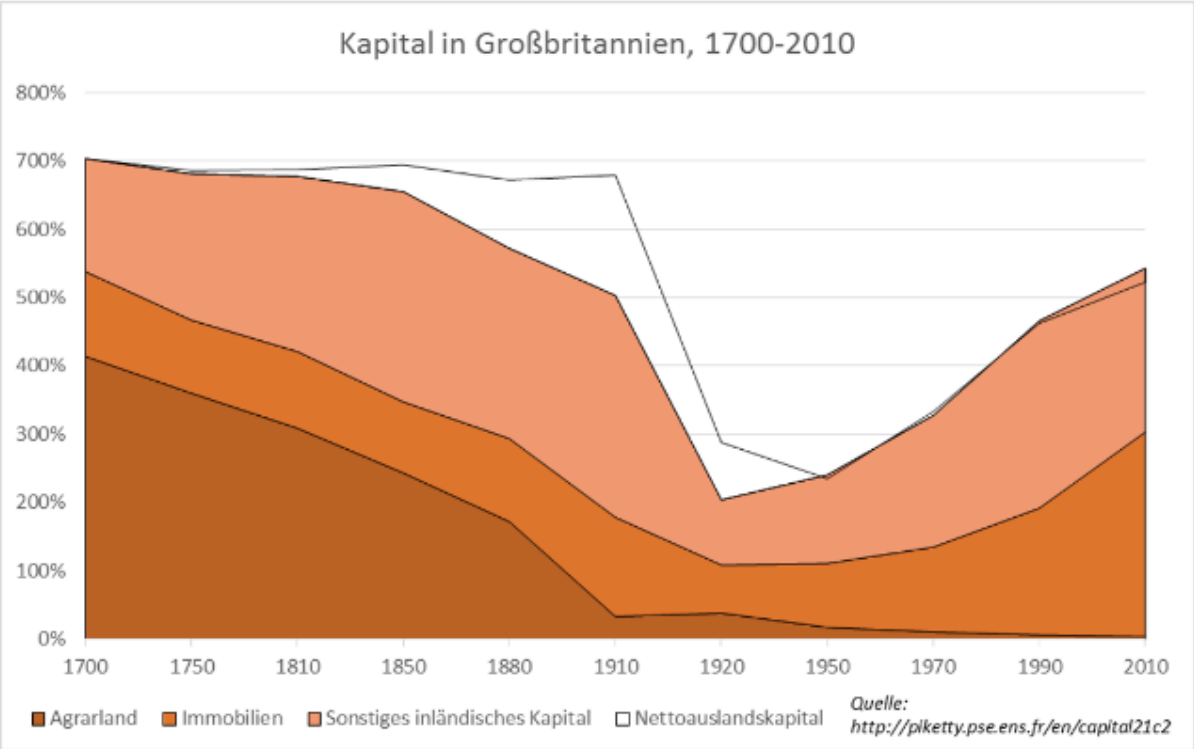
Entscheidend für Pikettys Zwecke jedoch ist gar nicht so sehr eine Definition von Kapital mit Blick auf den spezifischen Produktionsprozesses, sondern Kapital als die Größe, aus der sich arbeitslose Einkünfte beziehen lassen: Kapitalrendite – Pikettys berühmtes r (siehe Weekly Piketty 2). Denn für eine Analyse der Verteilungsdynamik zählt zunächst nicht wie, sondern *ob* ein bestimmter Vermögenswert Rendite abwirft. Somit wäre es aus dieser Sicht fahrlässig, Immobilien oder Land aus der Analyse außen vor zu lassen.

Zwar eröffnet Piketty mit seiner weiten und vom Mainstream abweichenden Definition eine Angriffsfläche für Kritik, etwa was die von Piketty bezeichnete "historische Tendenz" r>g betrifft. So hat FDP-Politiker und Ökonom Karl-Heinz Paqué Piketty vorgeworfen, er ignoriere simple Marktgesetze der Knappheit (kurioserweise schmeißt Paqué im selben Atemzug mit Karl Popper um sich: es gebe aus wissenschaftstheoretischen Gründen keine ehernen Gesetze). Regelmäßig übersieht dieser Strang der Kritik jedoch zugleich die Rolle unterschiedlicher Sparquoten in den verschiedenenen Einkommensgruppen – ein Faktor, der die von Piketty aufgezeigte Ungleichheitsdynamik wiederum verschärft (siehe Weekly Piketty 2 und dieser Beitrag).

### Transformation und Wiederkehr

Piketty macht desweiteren deutlich, dass sich zwar die "Natur" von Kapital im Laufe der Zeit verändert habe – aber nicht zwangsläufig seine "tiefere Struktur":

> *The nature of capital was totally transformed [in Britain and France since the 18th century], but in the end its total amount relativ to income scarcely changed at all.*
>
> Thomas Piketty, Capital in the 21st Century, p. 140




*Kapital in Prozent des Nationaleinkommens. Quelle: Thomas Piketty (.xlsx-Datei)*

Piketty zeigt auf, dass sich in Europa der Anteil von Agrarland im Verlauf der vorletzten Jahrhunderte stark reduzierte, während die Bedeutung von Immobilien, Industrie- und Finanzkapital insbesondere im Verlauf des 20. Jahrhundets rasant zugenommen hat. Zugleich stellt Piketty fest, dass der Bestand an Vermögen oder Kapital – gemessen an der jährlichen Produktion – mittlerweile wieder auf einen Stand ähnlich dem Ende des 19. Jahrhunderts angelangt ist (vgl. Abbildung mit Beispiel Großbritannien). In den USA ist das Verhältnis insgesamt etwas geringer und deutlich konstanter.

> *(...) [H]as the deep structure of capital really changed? Capital is never quiet: it is always risk-oriented and entrepreneurial, at least at its inception, yet it always tends to transform itself into rents as it accumulates in large enough amounts – that is its vocation, its logical destination.*
>
> Thomas Piketty, Capital in the 21st Century, p. 115-6

Und damit offenbart sich Piketty einmal mehr als ein vielleicht stillerer und konventionellerer, aber doch scharfsinniger Beobachter des Kapitalismus: Indem er das Spannungsverhältnis von Kapital beleuchtet als Mittel von Unternehmertum und ‚schöpferischer Zerstörung' wie als Quelle von leistungslosen Renten und demokratiebedrohlicher Konzentration von finanzieller Macht. Und Piketty zeigt auf, wohin, aus rein mechanischen Gründen, die Reise ohne politisches Gegensteuern zu gehen droht.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Schwache Argumente? Einblicke in den Abgrund der deutschen Piketty-Debatte

30. Juni 2014 · von Julian Bank

Thomas Pikettys ‚Capital in the 21st Century' macht international Furore – es führt Bestsellerlisten an, füllt die Blogs und Feuilletons, ja sogar zum Talk-Show-Thema in der ARD hat das Buch, das die wachsende Einkommensungleichheit und Vermögenskonzentration in den Fokus rückt, getaugt. Da ist es nicht verwunderlich, dass es die Kritiker auf den Plan ruft. Die Wucht allerdings, mit der die Attacke von einschlägigen Medien und Ökonomen insbesondere in Deutschland betrieben wird, lässt aufhorchen. Ein Gespenst geht um, das Gespenst der Ungleichheitsforschung.

Den ersten großen Vorstoß machte die Financial Times. Auf der Titelseite attackierte sie Piketty da, wo er am unangreifbarsten schien: an seinem umfangreichen Datenwerk. Seine Daten seien fehlerhaft, grobe handwerkliche Mängel seien in seinen – von Anfang an öffentlich gemachten – Datentabellen zu finden. Dass sich am Ende vor allem die Financial Times die Blöße gab, unter anderem weil sie peinlicherweise die Ergebnisse freiwilliger Umfragedaten (in denen hohe Vermögen bekanntermaßen unterrepräsentiert sind) gegen Pikettys Steuerdaten ins Feld führte, um die Vermögensungleichheit in Großbritannien kleinzureden – das war am Ende nicht mehr Thema für die Titelseite. Ausgerechnet das für seine Vermögensrangliste berüchtigte Forbes Magazine spießte die Financial Times für ihre Story über Pikettys angebliche Fehler auf. Es ist einfach nicht zu leugnen, dass die Einkommens- und Vermögensungleichheit in den meisten Ländern stark zugenommen hat.

In Deutschland, wo der Mainstream der Volkswirtschaftslehre seit langem international bekannt ist für sein starres Weltbild, führt der Wirtschaftsteil der FAZ die große Gegenreaktion. Sechs Ökonomen sind eingeladen, „die Theorie, die Daten und verfehlte sozialistische Politikempfehlungen" zu kritisieren (FAZ, 15.5.2014). Jeder darf einmal draufhauen. Lob für die Forschungsleistung einer Gruppe von international äußerst renommierten Ökonomen, von zum Teil zwanzig Jahren Arbeit auf nachweislich höchstem akademischem Niveau? Fehlanzeige. Dafür haben offenbar Größen wie Ökonomie-Nobelpreisträger Paul Krugman, Joseph Stiglitz und Robert Solow und die meisten internationalen Medien wie der Economist schon zu kräftig gelobt. Jetzt zählt offenbar nicht mehr akademischer Anstand, sondern dass die Debatte schön schnell eingefangen wird, bevor noch jemand auf die Idee kommt auch für Deutschland hohe Spitzensteuersätze und Kapitalbesteuerung zu fordern.

Nicht dass Kritik nicht angebracht wäre, gerade bei einem Wälzer wie Pikettys ‚Capital'. Wer bei einem 700-Seiten-Werk unterstellt, es wäre unangreifbar, sollte schleunigst einen Fachwechsel in die Theologie erwägen. Doch es fällt auf, wie krampfhaft manche Ökonomen, deren Forschungsschwerpunkt gar nicht im Bereich der Ungleichheitsforschung liegt, auf einmal bemüht sind, Pikettys Buch zu verreißen, vor allem in Deutschland. Kann es sein, dass eine ganze Forschungsrichtung so falsch liegt? Ist die Ungleichheit etwa gar nicht gestiegen? Für den neugierigen Zeitungsleser kaum noch herauszufinden, wenn die ‚Debatte' derart einseitig geführt wird. In der FAZ vom 15.5. kommen nur sechs Kritiker zu Wort.

Paradigmatisch ist eine ‚Rezension' von Stefan Homburg, einer der sechs, in der WELT. Der Finanzwissenschaftler und Unterstützer der rechtspopulistischen AfD, der Generationen von Studierenden der Makroökonomik vor allem als Lehrbuchautor bekannt ist, schreibt eine wüste Polemik gegen Pikettys Buch unter

dem vollmundigen Titel „Die schwachen Argumente des Kapitalismuskritikers“. Seine eigentliche Kritik entwickelt er in einem kurzen Working Paper, in dem er Pikettys Argumente vor dem Hintergrund einfacher neoklassischer Modelle beleuchtet (welche wiederum auf so restriktiven Annahmen basieren und Fragen der Einkommensverteilung per Annahme so weit ausblenden, dass sie für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Piketty kaum taugen). In der breiten öffentlichen Debatte jedoch muss man schon anders zulangen.

Homburg beginnt mit einem methodischen Vorwurf. Piketty arbeite mit einer „dialektischen Argumentationsweise“, wonach Piketty „so gut wie jede seiner Aussagen relativiert, zurücknimmt oder sogar in ihr Gegenteil verkehrt“. Was man aber tatsächlich bei Piketty vor allem liest, sind differenzierte Aussagen. Und genau damit erweist er sich als der wirklichkeitsnähere Ökonom. Klar, in der AfD kann man mit solchen Sätzen Pikettys keine Plakate machen:

> *The first [major conclusion] is that one should be wary of any economic determinism in regard to inequalities of wealth and income.*
>
> Thomas Piketty, Capital in the 21st Century, S.20

Aber beim Welt-Leser hat Homburg möglicherweise sein Ziel schon erreicht. Dialektik klingt nach Marx, Kritischer Theorie und anderem ‚Murks‘. Also lieber die dreißig Euro für Piketty sparen und in das nächste schön undialektische Glaubensbekenntnis eines guten deutschen Liberalen investieren.

Doch Homburg bringt auch Substanz. Ganz ohne geht so eine Polemik auch nicht. Er kritisiert Pikettys These, dass die zutreffende Beobachtung, die reale Kapitalrendite sei historisch typischerweise größer als die reale Wachstumsrate, impliziere, dass hierdurch die Vermögen schneller wachsen als die Einkommen und somit die Ungleichheit immer weiter steige. Homburg hat natürlich Recht, dass dies logisch *zwingend* nur stimmt, wenn die Sparquote aus Vermögenseinkommen 100% ist. Das heißt aber nicht, dass die von Piketty ausgemachte Ungleichheits-Dynamik damit gleich unhaltbar ist: Denn auch mit geringeren Sparquoten kann sich ein Anwachsen des Verhältnisses von gesamtwirtschaftlichem Vermögen zu gesamtwirtschaftlichem Einkommen vollziehen, was Piketty übrigens explizit ausführt:

> *When the rate of return on capital **significantly** exceeds the growth rate of the economy (…), then it logically follows that inherited wealth grows faster than output and income. People with inherited wealth need save **only a portion** of their income from capital to see that capital grow more quickly than the economy as a whole.*
>
> Piketty, Capital, p. 26, Hervorhebung: JB

Und obwohl Homburg das Gegenteil behauptet, zeigt Piketty genau dies in seinen Daten, auch für die USA. Hier steigt das Verhältnis von privatem Vermögen und Einkommen zwischen 1810 und heute außer während der Weltkriege und der New-Deal-Politik stetig an.

Die von Piketty herausgearbeitete Ungleichheitsdynamik ist auch gerade deshalb plausibel, weil die Sparquote empirisch bei den obersten Einkommensgruppen, auf die sich auch die Vermögen konzentrieren, höher ist als bei niedrigeren Einkommensbeziehern – selbst wenn die Financial Times mit ihrem Luxus-Hochglanzmagazin „How To Spend It“ sich redlich darum bemüht, dem entgegenzuwirken. Und Piketty wird nicht müde zu betonen, dass die zukünftige Entwicklung dennoch nicht determiniert ist, wie Homburg ihm unterstellt, sondern dass es eine offene Zukunft ist, die insbesondere von politischen Entscheidungen abhängt.

Aber das scheint Homburg nicht zu beachten. Er vergleicht Piketty mit einem Meteorologen und wirft ihm vor, zu spekulieren:

Artikel vom Typ „Der nächste Winter wird besonders kalt!“ erzeugen zwar mediale Resonanz, sie sind aber das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben stehen. Prognosen über

die Einkommensverteilung im nächsten Jahrhundert sind gleichermaßen unnütz und haben mit Wissenschaft nichts zu tun.

Dabei gibt Piketty gar keine Prognosen ab. Im Gegenteil, er wehrt sich vorsorglich, nicht erst im Kleingedruckten mitten im Buch, sondern prominent in der Einleitung, dagegen:

> *In the model I propose, divergence is not perpetual and is only one of several possible future directions for the distribution of wealth. (…) It is possible to imagine public institutions and policies that would counter the effects of this implacable logic (…).*
>
> Piketty, Capital, p.27

Doch genau diesen politischen Einfluss auf die Einkommensverteilung scheint Homburg verhindern zu wollen. Er prophezeit Piketty, als scheinbar neutraler Beobachter, dass sein Werk wirtschaftspolitisch keine Beachtung finden werde. Als Grund führt Homburg aber nicht gesellschaftliche Machtverhältnisse und die Homogenität seiner eigenen Zunft an, sondern dass das Scheitern der „Politik extremer Steuern und Staatsausgaben" in Pikettys Heimatland Frankreich „nur zu offensichtlich" sei. Dabei sind ja die meisten in Pikettys Buch angedachten Politikvorschläge, global oder zumindest transnational angelegt – ein Programm, das man in Frankreich alleine schwerlich umsetzen kann. Kein Wort zudem darüber, dass die Spitzensteuersätze in der Einkommens- und Erbschaftsteuer in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in vielen Ländern deutlich höher lagen als heute in Frankreich (streckenweise um die 80-90% in Großbritannien und den USA). Diese Politik wurde seinerzeit getragen von einem breiten politischen Konsens über die Schädlichkeit extremer ökonomischer Ungleichheit für Demokratie und wirtschaftliche Stabilität nach den Erfahrungen der Weltkriege. Und Piketty kritisiert daher auch gar nicht „den Kapitalismus", sondern schlicht eine bestimmte Art von Kapitalismus, in dem die ökonomische Ungleichheit extrem wird.

Es ist genau eine Stärke von Pikettys Analyse, dass sie eine Offenheit für die Ergebnisse dem demokratischen Prozess reserviert, überhaupt dass sie politische und soziale Rahmenbedingungen in die ökonomische Analyse einbezieht. Bürger können sich selbst ein Bild machen und durch demokratische Verfahren beeinflussen, wie sich Ungleichheitsverhältnisse in der Zukunft verändern werden. Nur sollten sie da vielleicht überlegen, ob sie wirklich Homburg folgen und sich einreden lassen, es lohne der Blick ins Buch schon nicht.

Es darf schon stutzig machen, wenn einer meint, eine solch enorme Forschungsleistung, wie die von Thomas Piketty (Paris), Emmanual Saez (Berkeley), Tony Atkinson (Oxford), Facundo Alvaredo (Oxford/Paris) und vielen anderen angelegten World Top Incomes Database und zugehöriger Publikationen in einem Federstrich in der WELT und in einem neunseitigen Working Paper zerreißen zu können. Und richtig offensichtlich wird die Polemik Homburgs, als er dieses kollaborative Projekt als „Neidforschung" abtut. Nicht dass Neidforschung nicht spannend wäre. Diese ist aber völlig woanders, in der Sozialpsychologie, zu verorten, während das, was Piketty und Kollegen betreiben, empirische Forschung an der Schnittstelle zwischen Wirtschaftsgeschichte und volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung darstellt.

Was soll der unpassende Begriff Neidforschung wohl suggerieren? Dass es sich hier um ein moralin-saures, neidgetriebenes Unterfangen handele, das in handfesten polit-ökonomischen Analysen nichts zu suchen habe? Genau dies wäre infam. Die obersten Einkommen sind von der Größenordnung äußerst relevant. In den USA beziehen die oberen 10% der Einkommensbezieher mittlerweile etwa die Hälfte aller Vorsteuereinkommen, das obere 1% allein etwa 15-20% aller Einkommen. Und anders als dieser Tage vereinzelt suggeriert wird, ist natürlich auch in Deutschland eine steigende Konzentration von Einkommen und Vermögen festzustellen, die insbesondere in steigenden Gewinneinkommen der Unternehmen zu Lasten der Arbeitseinkommen Ausdruck findet. Die Spitzeneinkommen sind damit sowohl von makroökonomischer wie von demokratietheoretischer Bedeutung.

Was letzteres betrifft, da ist Homburg immerhin sehr offen: Statt ihre gesamten Vermögenseinkünfte zu investieren, könnten die Reichen ja auch ihr Geld für politischen Einfluss ausgeben. Dass die interessierten Kreise derzeit so massiv in die Diffamierung von Thomas Piketty und mit ihm der internationalen Ungleichheitsforschung „investieren“, zeigt wohl nur, dass das zunehmende Ausmaß der Ungleichheit immer schwerer zu kaschieren ist. Und es sagt einiges aus über den Zustand der Mainstream-Ökonomie insbesondere in Deutschland, die zur Analyse wirklichkeitsrelevanter Phänomene häufig nur wenig beizutragen hat.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Kritik an Piketty: Stehen goldene Zeiten für Arbeitnehmer/innen bevor?

13. September 2014 · von Julian Bank

In der gestrigen Print-Ausgabe der FAZ (und jetzt auch online beim wirtschaftsfinanzierten schweizerischen Thinktank Avenir Suisse) findet sich eine Kritik an Thomas Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“ von Ökonom und FDP-Politiker Karl-Heinz Paqué. Es ist eine faire und relativ sachliche Kritik – und sie hebt sich damit wohltuend aus der deutschen Piketty-Debatte hervor.

Anders als manch anderer wirtschaftsliberaler Kritiker aus Deutschland erkennt Paqué Pikettys Forschungsleistung zunächst einmal an:

Tatsächlich lässt sich überhaupt nicht bestreiten, dass Thomas Pikettys Werk fast 15 Jahre Verteilungsforschung zusammenfasst, die bereichernd und zum Teil bahnbrechend ist. Dies allein verlangt großen Respekt. *Karl-Heinz Paqué, FAZ 12.9.2014, S. 18*

Dennoch widerspricht Paqué den Befunden von Piketty vehement: Aus seiner Sicht müsse eine Zunahme der Vermögensungleichheit nicht durch politisches Gegensteuern gelöst werden. Ein sich aus Marktkräften ergebender „Trendbruch“ könne die von Piketty analysierten Ungleichheits-Triebkräfte bereits entschärfen.

Paqués Kritik ist methodisch, empirisch und ökonomisch:

- **Methodisch** kritisiert er mit Karl Popper, Piketty gehe – ähnlich wie Marx – „historizistisch“ vor: er versuche, eherne Gesetze des Kapitalismus zu identifizieren. Das sei unwissenschaftlich. Man könne nach Poppers Logik der Forschung nur Hypothesen falsifizieren, mehr aber nicht.

- Auf **empirischer** Ebene stellt er fest, dass Pikettys Daten zur gegenwärtigen Vermögenskonzentration gar nicht so dramatisch seien. Wir seien noch weit entfernt von Verhältnissen ähnlich denen am Vorabend des ersten Weltkriegs.

- In Kombination mit der methodischen Kritik müsse also die **Zukunft als noch offen** betrachtet werden – auch ohne politisches Gegensteuern könnten Ungleichheitskräfte möglicherweise entschärft werden.

- Damit schließt sein **ökonomisches Argument** an: Für Paqué gibt es „starke Indizien“, dass ein globaler „Trendbruch“ der Knappheitsverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital anstehe. Wir steuerten auf ein „Zeitalter global niedriger realer Renditen“ zu. Damit könne sich das von Piketty als historische Konstante beschriebene Verhältnis zwischen Kapitalrendite und

Wachstumsrate – und entsprechend die Ungleichheitskräfte – entschärfen.

- Als Grund nennt Paqué die sogenannte „**savings glut**“, eine globale Kapitalschwemme, die die Rendite von Kapital dauerhaft nach unten drücken könnte. Tieferliegende Kraft dieses Phänomens sei der demographische Wandel, der zu einem Anstieg der Sparbereitschaft führe. Zudem könne die „globale Industrialisierung und Integration der Kapitalmärkte für sehr niedrige Realzinsen sorgen“.

- Zugleich vollzögen sich auf dem **Arbeitsmarkt** Entwicklungen, die ebenfalls Druck aus dem Ungleichheitstrend nähmen: Eine Verknappung des Faktors Arbeit. Dies hätte schon in der Zeit zwischen 1914 und den siebziger Jahren eine entscheidende Rolle gespielt, die Lohnquote, also den Anteil der Löhne an der gesamten Wertschöpfung, zu stärken. Jetzt spreche viel dafür, „dass die funktionale Aufteilung der Einkommen auf Kapital und Arbeit sich im Trend endlich wieder zugunsten der Arbeit verschiebt“.

- **Piketty überschätze schließlich die Macht der Politik** ähnlich wie Karl Marx – entgegen Paqués Optimismus ob der Selbststeuerungsfähigkeit der Marktwirtschaft:

> *„[Piketty] übersieht dabei, dass die Politik letztlich auf die Knappheiten Rücksicht nehmen muss, die sich in einer Marktwirtschaft nun einmal ergeben, auch zwischen Kapital und Arbeit. Das ist in der Vergangenheit im Wesentlichen geschehen – sieht man einmal von den Großkatastrophen der Weltkriege und der Weltwirtschaftskrise im 20. Jahrhundert ab. Dies ist ein Glück, denn sonst hätte es gerade in den letzten Jahrzehnten weder den erfolgreichen Strukturwandel nach den Ölkrisen noch die Re-Integration Ostdeutschlands und Osteuropas in die Weltwirtschaft gegeben.*
>
> Karl-Heinz Paqué, FAZ 12.9.2014, S. 18

**Zielt Paqués Kritik ins Leere?**

Es wird deutlich, dass die Popper'sche Kritik an Pikettys vermeintlich ‚ehernen Gesetzen' vielmehr droht nach hinten loszugehen, stützt sich doch Paqué selbst auf Glaubenssätze der neoklassischen Ökonomik, nach der Marktwirtschaften zum Gleichgewicht tendieren und Preise der Produktionsfaktoren Knappheiten gut abbilden. Das mag so kommen – steht aber, wie uns Popper doch lehrt, keinesfalls fest.

Denn die „Indizien“, die Paqué für seine These anführt, dass die ungleichheitssenkende Trendwende nun bevorstehe, lassen sich in ihr Gegenteil verkehren. So lässt sich die *savings glut* auch als *Ergebnis* der zunehmenden Ungleichheit interpretieren: Reiche Haushalte neigen dazu, mehr zu sparen als durchschnittliche Haushalte. Wenn diese Haushalte ihren Anteil am gesamten Einkommen vergrößern, erhöht sich auch die gesamtwirtschaftliche Sparquote. Bis zur Finanzkrise wurde dies in den USA zum Teil nur dadurch verdeckt, dass sich die ärmeren Schichten zu hoch verschuldeten (ebenfalls ein Phänomen das sich durch Ungleichheit damit verbundene Statusängste erklären lässt). Mehr zur in der Piketty-Debatte regelmäßig unterschätzten Rolle unterschiedlicher Sparquoten findet sich im Beitrag von Till van Treeck in diesem Blog und bei diesem Forschungsprojekt.

Ob zudem der Faktor Arbeit angesichts der schwächelnden globalen Wirtschaft in absehbarer Zeit in eine bessere Verteilungsposition kommen kann bleibt ungewiss. Zumal dabei offen bliebe, ob sich eine durch Knappheit vermeintlich einstellende Verbesserung in der funktionalen Verteilung (also zwischen Arbeit und Kapital) tatsächlich auf die personelle Verteilung (also zwischen den Haushalten) übertragen würde: Denn erstere könnte auch durch einen weiteren Anstieg der Spitzeneinkommen zustande kommen ohne die Ungleichheit zwischen Haushalten damit zu reduzieren.

**Verwirrung um Pikettys „eherne Gesetze“**

Insgesamt scheint es unter den Kritikern von Piketty eine allgemeine Verwirrung der Begriffe

zu geben (ein weiteres Beispiel, siehe hier). Piketty beschreibt in seinem Buch zwei „fundamental laws of capitalism“. Diese „Gesetze“ sind jedoch nicht mehr als eine Identitätsgleichung und ein arithmetisches Prinzip, die an sich noch kein erklärendes Modell sind.

Die Ungleichung r>g, auf die sich Paqué hier zentral bezieht, nennt Piketty gar nicht Gesetz, sondern „fundamental *force of divergence*“. Vielleicht führt derselbe Begriff „fundamental“ dazu, dass die force of divergence, die Piketty eher als empirische Tendenz ausmacht, regelmäßig als Gesetz missinterpretiert wird.

Die zentrale offene Frage bleibt also, welche Annahmen über die Entwicklung der verschiedenen Parameter am Ende zutreffen werden: Wie entwickeln sich u.a. Kapitalrendite, Lohnquote, personelle Einkommensverteilung und das jeweilige Sparverhalten, Demographie, Wachstum und Technologien? Piketty ist nicht nur zu verdanken, die Grundlagen für diese wichtige Diskussion in einem Werk strukturiert zu haben. Auch seine Gründe, warum er die Ungleichheitstriebkräfte für relativ stark gegenüber gegenläufigen Tendenzen hält, sind nicht leicht von der Hand zu weisen.

Eine Diskussion der Schlüsselrolle der Sparquote für Pikettys Modell findet sich in diesem Beitrag von Till van Treeck auf Verteilungsfrage.org. Anhand einer Excel-Datei (*.xlsx-Datei*) lässt sich ein Gefühl für die verschiedenen Ungleichheitstriebkräfte gewinnen. Hier werden auch die “fundamentalen Gesetze des Kapitalismus” als Identitätsgleichung und arithmetisches Prinzip (und nicht als Modell) noch einmal erläutert.

*Nachtrag (23.9.2014)*: Mittlerweile ist Paqués Artikel auch Online bei der FAZ nachzulesen.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Einen Schwenk finden wo keiner ist – neuer Angriff auf Piketty

11. März 2015 · von Julian Bank

*Man schreibe ein Buch zu einem unbequemen Thema. Man schreibe ein differenziertes Buch. Man fordere politisch brisante Reformen. Dieses Buch wird verrissen und vielfach verzerrt in der Öffentlichkeit diskutiert. Man bemühe sich um Richtigstellung und wiederhole einen Punkt, den man die ganze Zeit macht, betont ihn aber noch mehr, um denen zu begegnen, die das eigene Argument falsch wiedergeben. Geschafft: Man hat in den Augen der Kritiker einen Schwenk vollzogen, ohne ihn je vollzogen zu haben.*

So ähnlich spielt sich neuerdings ein weiterer Akt im Drama “Piketty-Rezeption in Deutschland” ab. Zugegeben: Ich spitze ein wenig zu. Übrigens glaube ich überhaupt nicht an eine große Verschwörung gegen Thomas Piketty. Auch glaube ich nicht, dass Piketty in allem Recht hat – keineswegs. Aber ich staune seit einem Jahr darüber, wie ein brandaktuelles, lehrreiches und innerhalb der VWL sehr innovatives Buch insbesondere in Deutschland völlig verrissen wird.

**Spricht sich Piketty die Aktualität ab?**

Worum geht es diesmal? Im Wirtschaftsblog der FAZ und in der heutigen Printausgabe schreibt Patrick Bernau, ein junger Wirtschaftsredakteur, der viel zu Entwicklungen in der ökonomischen Forschung veröffentlicht, einen an einem neuen Paper von Piketty aufgehängten Beitrag. Titel: “Piketty spricht sich die Aktualität ab”.

Bernau schreibt:

> *Solange die Zinsen größer sind als das Wirtschaftswachstum („r>g“), wüchsen die Vermögen der Reichen schneller als die der Armen. Und das sei historisch meistens der Fall gewesen. (…) Rund um die Welt wurde das Buch zur Bibel der Linken. (…) Doch jetzt widerspricht Piketty seinen Anhängern. Er bestreitet, dass seine Kernformel so aktuell sei, wie sie gemacht wird.*
>
> Fazit-Blog, 10.3.2015

Bernau bezieht sich auf ein Paper in der American Economic Review (AER), das demnächst erscheinen wird. Piketty verschriftlicht dort einen Vortrag, den er auf der Jahrestagung der AER im Januar gehalten hat. Was schreibt Piketty in dem Paper (PDF)?

> *(…) the way in which I perceive the relationship between r > g and inequality is often not well captured in the discussion that has surrounded my book. For example, I do not view r > g as the only or even the primary tool for considering changes in income and wealth in the twentieth century, or for forecasting the path of inequality in the twenty-first century.*
>
> Thomas Piketty, AER 2015

Bernau interpretiert diesen Satz folgendermaßen: Piketty und seine Anhänger hätten bislang r>g immer als zentrale Erklärung der Vermögensungleichheit dargestellt. Nun ziehe Piketty dies für das 20. und 21. Jahrhundert zurück, so Bernau:

> *Das [- die gesunkene Vermögensungleichheit im 20. Jahrhundert -, JB] allerdings führte er noch auf der Jahrestagung der amerikanischen Ökonomenvereinigung AEA im Januar auf eine „sehr ungewöhnliche Kombination von Ereignissen im 20. Jahrhundert“ zurück (die Diskussion im Video).*
>
> Fazit-Blog, 10.3.2015

Piketty habe nun in der Verschriftlichung seines Vortrags jene Bemerkungen ergänzt, die die Erklärungskraft der Verteilungsergebnisse bei den Vermögen von r>g relativierten – und er betone zusätzlich, dass alle Prognosen für die Zukunft im 21. Jahrhundert unter großer Unsicherheit stünden.

Bernau tut so, als sei dies eine Neuigkeit, die er in einem investigativen Kunststück in Pikettys Texten zwischen den Zeilen herausgelesen habe: “Ein Schwenk in Pikettys Argumentation”.

**Fehlrezeption trifft sich selbst**

Ich habe mir gestern die Augen gerieben als ich das las. Denn ich habe Piketty schon immer so verstanden: Piketty beschreibt, rhetorisch zugespitzt mit dem Ausdruck r>g, eine fundamentale Ungleichheitsmechanik. Aber zentraler Punkt in seinem Buch ist, dass die Entwicklung der Ungleichheit zutiefst politisch und institutionell geprägt ist – siehe 20. Jahrhundert. Dies, so betont er an allen Ecken und Enden, im Buch und in seinen Vorträgen, sei letztlich der entscheidende Faktor, ob die Ungleichheitsmechanik des r-g-Verhältnisses zum Tragen komme. Es ist auch – nur so macht Pikettys Buch samt politischen Handlungsempfehlungen überhaupt erst Sinn – eine ganz zentrale Story in seinem Buch. Um dieses Missverständnis drehte sich übrigens schon eine Debatte mit Peter Bofinger im vergangenen Jahr.

War ich Piketty also voraus?? Er vollzieht endlich den Schwenk in seiner Meinung übers eigene Buch, das ich all die Zeit schon so verstanden habe? Unfug. Vielmehr habe ich bloß eines geleistet: Ich habe mich schlicht nicht auf die deutsche Piketty-Rezeption verlassen, die Bernau und Kollegen von der FAZ im vergangenen Jahr mitgeprägt haben, sondern auf das Buch und Pikettys zahlreiche Vorträge selbst, sowie die international in Teilen deutlich differenziertere Debatte.

**Kleines Twittermezzo**

Entsprechend konnte ich mir gestern folgenden Tweet an Patrick Bernau nicht verkneifen:

> *Patrick Bernau: Das ist bemerkenswert: Thomas Pikettys Thesen über Ungleichheit gelten gar nicht für heute, sagt er selbst … 10 Mär*

> *Julian Bank: @PatrickBernau @egghat Piketty korrigiert aber doch nicht sich selbst sondern verzerrte Rezeption*
>
> 18:05 - 10 Mär 2015

Bernaus Antwort kann nicht wirklich überzeugen:

> *Patrick Bernau: @roterfunken ... So erklärt er das. Wie beschrieben: Er widerspricht auch seiner eigenen Rhetorik aus dem Januar*
>
> 10 Mär

> *Julian Bank: @PatrickBernau Aber schon in Buch spricht er überall von pol Schocks, Institutionen, anderen reinforcement mechanisms und Unsicherheit*
>
> 18:21 - 10 Mär 2015

> *Patrick Bernau: @r_c_wesel @chluetge @roterfunken Bücher sind fast immer voller Einschränkungen. In seinen Vorträgen haben die oft gefehlt.*
>
> 18:41 - 10 Mär 2015

> *Patrick Bernau: @r_c_wesel @chluetge @roterfunken ... aber egal wie, jetzt sagt er klar: Fürs 20.+21. Jh. ist r>g "not even the primary tool" zur Analyse*

> *Julian Bank: @PatrickBernau m.E. sagt er es immer schon klar, als zentrale Story. Wird nur in Rezeption oft verzerrt. Genau deshalb schiebt er es voran.*
>
> 22:12 - 10 Mär 2015

Warum tauchen die Bemerkungen in Pikettys Vortrag auf der Ökonomen-Jahrestagung im Januar nicht auf – wie Bernau behauptet? Erstens ist der dortige Vortrag Pikettys vor Kollegen aus der eigenen Zunft viel kürzer als dessen Verschriftlichung – und natürlich fokussiert man sich vor Fachkollegen auf die technischen Aspekte.

Außerdem: Piketty steigt in dem Vortrag mit drei stilisierten Fakten zur Ungleichheitsentwicklung ein, unter anderem auch zur Vermögensungleichheit im 20. Jahrhundert. Natürlich ist hier die ganze Zeit implizit klar, dass – wie Piketty in seinem Buch auch überall schreibt und in seinen Vorträgen, die mir bekannt sind, erwähnt – die Erklärungen für den vorrübergehenden Rückgang der Vermögensungleichheit im 20. Jahrhundert natürlich politisch und institutionell sind (u.a. Kriege und hohe Besteuerung). Also: nichts Neues.

**Wer das Buch kennt, den dürfte all das nicht überraschen**

Um das zu unterstreichen, habe ich hier auf die Schnelle ein paar Zitate aus Pikettys Einleitung zu Kapital im 21. Jahrhundert zusammengesucht:

> *The first [major conclusion] is that one should be wary of any economic determinism in regard to inequalities of wealth and income. The history of distribution of wealth has always been deeply political, and it cannot be reduced to purely economic mechanisms. In particular, the reduction of inequality that took place in most developed countries between 1910 and 1950 was above all a consequence of war and of policies adopted to cope with the shocks of war.*
>
> Thomas Piketty, Capital in the 21st Century, p. 20

> *When the rate of return on capital significantly exceeds the growth rate of the economy (as it did through much of history until the nineteenth century and as is likely to be the case again in the twenty-first century), then it logically follows that inherited wealth grows faster than output and income. People with inherited wealth need save only a portion of their income from capital to see that capital grow more quickly than the economy as a whole. (...) Forces of convergence also exist (...). It is possible to imagine public institutions and policies that would counter the effects of this implacable logic: for instance, a progressive global tax on capital.*
>
> Thomas Piketty, Capital in the 21st Century, p. 26/27

> *(...) the history of income and wealth is always deeply political, chaotic, and unpredictable.*

> *How this history play out depends on how societies view inequalities and what kinds of policies and institutions they adopt to measure and transform them. No one can foresee how these things will change in the decades to come.*
>
> Thomas Piketty 2014, Capital in the 21st Century, p. 35

Piketty stellt r>g nicht als alleinigen und zentralen Erklärungsfaktor dar. Eine Neuigkeit? Piketty betont Unsicherheit für Zukunft. Ein Schwenk?

"Mhm..." fällt mir angesichts dieser Zitate nur ein.

**Auf Anfrage bestätigt Piketty, dass er keineswegs einen Schwenk vollzogen habe**

Ich habe übrigens auch Piketty selbst per E-Mail gefragt: Ob er mit jenem Satz einen Schwenk vollzogen habe, oder ob es nicht vielmehr so sei, dass genau dies immer zentral an seiner Erzählung gewesen sei, dass es zwar den grundlegenden r-g-Mechanismus einer Ungleichheitstriebkraft gebe – letztlich jedoch Faktoren wie politische Weichenstellungen, Institutionen, demographische Entwicklung usw. entscheiden würden, inwiefern die Ungleichheitsmechanik zum Tragen komme. Piketty bestätigte mir, ich habe vollkommen Recht. Da gebe es keinen Schwenk. Sein AER-Paper sei nicht mehr als eine Leseanleitung zu seinem Buch. Wer nicht lesen könne, dem könne er leider auch nicht helfen.

**Piketty delegitimieren wo es geht**

Doch die Botschaft des FAZ-Artikels verfängt – wie nicht anders zu erwarten. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall (Hauptfinancier der wirtschaftsliberalen INSM) beispielsweise twittert:

> *Gesamtmetall: RT @PatrickBernau: Thomas #Pikettys Thesen über #Ungleichheit gelten gar nicht für heute, sagt er selbst - http://blogs.faz.net/fazit/2015/03/10/thomas-piketty-spricht-sich-die-aktualitaet-ab-5464/ ...*
>
> 10:26 - 11 Mär 2015

Und überhaupt überrascht das Timing des Artikels nicht: Anlass dürfte weniger die vermeintliche Neuigkeit von Pikettys angeblichem Schwenk sein, denn der Tag der Veröffentlichung von Pikettys Interventionen zur Eurokrise.

**Piketty als Intellektuellen-Ökonom passt nicht jedem**

Piketty, ganz dem Ideal des französischen Intellektuellen entsprechend, veröffentlichte gestern in Deutschland ein Buch mit Beiträgen zur Debatte um Europa und die Eurokrise. Ein anlässlich dessen veröffentlichtes Interview gibt einen Eindruck:

> *Sven Giegold: Weniger nationaler Egoismus, mehr echte Europäische Lösungen! Super Denkanstöße v Top-Ökonom Piketty zur Euro-Krise: http://www.spiegel.de/international/europe/thomas-piketty-interview-about-the-european-financial-crisis-a-1022629.html ...*
>
> 11:17 - 11 Mär 2015

Die Überschrift, mit der die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung bereits am Wochenende einen Artikel über Pikettys neues Buch, einordnet spricht Bände: "Die Piketty-Masche". Mich wundert bei der FAZ-Wirtschaftsredaktion und deren ordoliberalem Weltbild nichts mehr – erst recht nicht, wenn sie sich weiter bemühen, einen der spannendsten Ökonomen-Intellektuellen Europas zu delegitimieren.

Weiterlesen: Die Nebelkerze brennt – wie sich die Scheindebatte verbreitet (12.3.2015) →

***Nachtrag (19.3.2015):***

Norbert Häring vom Handelsblatt hat diese Geschichte in der Print-Ausgabe vom 16.3. auf S. 13 aufgegriffen (Paywall) und über die Kritik an der Scheindebatte der FAZ berichtet. Darin wird auch Verteilungsfrage.org erwähnt und Pikettys Reaktion auf die Unterstellung zitiert.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Verzerrte Piketty-Debatte in Deutschland

20. Mai 2015 · von Julian Bank

Eine neue Untersuchung der öffentlichen Debatte um Thomas Pikettys Buch "Das Kapital im 21. Jahrhundert" kommt zu dem Schluss, dass viele Beiträge ein verzerrtes Bild des Buchs geben

Das Münchener ifo-Institut hat in der frisch erschienenen Frühjahrsausgabe seiner Zeitschrift "CESifo Forum" einen Schwerpunkt zu Thomas Pikettys "Kapital im 21. Jahrhundert". In einem Beitrag diskutiert der Piketty-Schüler Christoph Schinke die deutsche Debatte um das Buch:

> *Reviews, essays, and comments often revealed more information about the attitudes of the individual journalist or guest author and the publishing newspaper than they did about the book. Piketty (together with his co-authors) made a major contribution to economic science by gathering new historical data on inequality and providing explanations. However, if people relied on only one or several very similar news sources, ideological bias made it diffiult for readers to acknowledge this contribution.*
>
> *Christoph Schenke, CESifo Forum 1/2015, S. 38 (PDF)*

Es gebe viele Fälle von **verzerrter Darstellung von Fakten und Zusammenhängen** ('fact bias' und 'framing bias') insbesondere in konservativen und marktliberalen Medien wie beispielsweise der FAZ.

Zu einem ganz ähnlichen Schluss war ich in meinem Beitrag in dem im März erschienen Buch "Thomas Piketty und die Verteilungsfrage – Analysen, Bewertungen und wirtschaftspolitische Implikationen für Deutschland" (Hg. Peter Bofinger, Gustav Horn, Kai Schmid und Till van Treeck) gekommen:

> *(...) die Heftigkeit, mit der Pikettys Buch bisher in Deutschland verrissen wurde, erzählt mehr über die deutsche Ökonomenzunft und den deutschen Wirtschaftsjournalismus als über Thomas Piketty und sein Werk. Der Umgang mit Pikettys Buch offenbart, dass es in diesen Kreisen bislang keine Bereitschaft gibt, dem Thema der wachsenden Ungleichheit den Ernst entgegenzubringen, der angemessen wäre.*
>
> *Julian Bank, "Die Piketty-Rezeption in Deutschland", in: Thomas Piketty und die Verteilungsfrage, S. 31*

Es ist erfreulich zu sehen, wie sich mehr und mehr Beobachter die Augen reiben über die Piketty-Berichterstattung in Deutschland. Das hilft, die Ungleichheitsdebatte in Deutschland zu versachlichen und den ihr gebotenen Fokus zu schärfen.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Ungleichheit in den Medien – Ringen um die Deutungshoheit

## Dürrer Boden für Verteilungsfragen

4. Juli 2014 · von Julian Bank

„Den Deutschen geht es richtig gut“ – so lautet der Titel eines Beitrags im FAZ-Wirtschaftsteil von vergangenem Samstag. Aufgehängt ist die Geschichte an einer Studie des wirtschaftsfinanzierten Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Köln, in der Umfragedaten aus den Jahren 1980 bis 2012 des Sozioökonomischen Panels ausgewertet werden. Rund die Hälfte der Befragten gaben demnach zuletzt an, mit ihrem Leben „in hohem Maße zufrieden“ zu sein. Hauptgrund sei die niedrige Arbeitslosigkeit.

Die FAZ nimmt dies zum Anlass, auf die schwelende Ungleichheitsdebatte einzugehen. Rhetorisch fragt sie:

> *Aber ist es nicht so, dass Deutschland kurz vor der Spaltung steht? Mahnt nicht die Industrieländer-Organisation OECD vor einer sozialen Kluft in Deutschland? Die Armen werden immer ärmer, die Reichen immer reicher – so suggerierte die Debatte über den Wohlstand der Deutschen in den vergangenen Monaten. Und der Ökonom Thomas Piketty rechnete vor, dass das in Zukunft noch immer so weitergehen würde.*
>
> FAZ 28.6.2014, S. 19.

Um dann festzustellen: „Doch das Thema traf nicht recht den Nerv der Deutschen“. Weder im Bundestagswahlkampf 2013, noch im Frühjahr 2014, als die Diskussion um das – im März auf Englisch erschienene – Buch von Thomas Piketty, Capital in the 21st Century, auch nach Deutschland herüberschwappte:

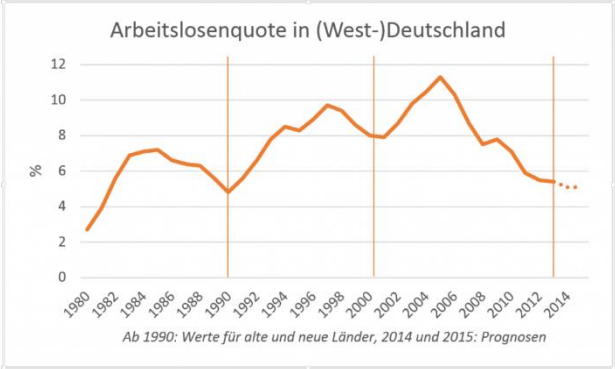
> *Auch heute zündet die Debatte nicht besser. Thomas Piketty prophezeit, dass die westliche Welt auf Dauer von den Erben reicher Leute beherrscht werden könnte – doch die These hat in Deutschland nur unter einigen Kommentatoren verfangen. Während sein Buch in den krisengeplagten Vereinigten Staaten innerhalb weniger Wochen ausverkauft war, obwohl es sich um ein ökonomisches Fachbuch handelte, fiel die Debatte in Deutschland nur auf dürren Boden und starb bald ab. Nach einer Woche wandten sich die Talkshows anderen Themen zu.*
>
> FAZ 28.6.2014, S. 19.

Man weiß gar nicht, wo man anfangen soll. Wie schon an anderer Stelle herausgearbeitet, macht Piketty in seinem Buch gar keine Prophezeiungen. Diese vermeintliche These kann also bei sorgfältigen Lesern von Piketty gar nicht verfangen.

Aber warum ist die Piketty-Debatte in Deutschland mittlerweile wieder etwas abgeebbt? Die FAZ suggeriert sich hier als unbeteiligter Beobachter, der feststellt, Ungleichheit interessiere in Deutschland eben niemanden, es gehe allen so prächtig, dass der Boden dürr

sei für dieses Thema. Dabei ist gerade der FAZ-Wirtschaftsteil ein zentraler Akteur in dieser Debatte. Ist der „dürre Boden“ also vielleicht eher der einseitigen wirtschaftspolitischen Debatte in Deutschland zuzuschreiben als dem vermeintlich sprudelnden Wohlstand?

Und was haben eigentlich die beiden Fragen – subjektives Wohlbefinden und die Ungleichheitsdebatte – miteinander zu tun? Die Antworten in Umfragen nach dem subjektiven Wohlbefinden sind stark korreliert mit der Arbeitslosigkeit: In den jeweiligen konjunkturellen Hochphasen, also Zeiten mit niedriger Arbeitslosigkeit, sind die Zufriedenheitswerte am höchsten und umgekehrt. Darauf wird in dem Print-Artikel jedoch nicht hingewiesen (nur in der Online-Version wird auf einen Artikel und auf eine Grafik verlinkt, aus denen dies hervorgeht).




*Arbeitslosenquote in Deutschland (bis 1990: Westdeutschland). Senkrechte Linien markieren die im FAZ-Artikel genannten Höhepunkte der gemessenen Zufriedenheit – sie liegen genau in den Talsolen der Arbeitslosigkeits-Entwicklung.*

*Quelle: EU-Kommission*

Und sicher: Ungleichheit, insbesondere der Einkommen, variiert auch mit der konjunkturellen Lage. Die interessantere Frage jedoch ist, wie sich Ungleichheit strukturell, also bereinigt um konjunkturelle Schwankungen, entwickelt. Genau diese Frage wirft Thomas Piketty auf. Piketty interessiert sich für langfristige Entwicklungen, nicht für konjunkturelle Schwankungen.

Ein ganz anderer Zusammenhang zwischen subjektiver Zufriedenheit und Ungleichheit scheint aber zu bestehen: Ein junger Forschungszweig untersucht den Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und makroökonomischer Instabilität. Und erste Ergebnisse deuten darauf hin, dass wachsende Einkommens- und Vermögensungleichheit zur Entstehung von Krisen beiträgt. Deren Kosten einer höheren Arbeitslosigkeit haben dann auch Auswirkungen auf die subjektive Zufriedenheit.

Interessant wäre es daher, wenn die FAZ fragen würde: Wie ist die Zufriedenheit denn in den europäischen Staaten, in denen die Arbeitslosigkeit bei über 20 % liegt, und was hat letztere eigentlich mit dem deutschen Exportboom und der hiesigen niedrigen Arbeitslosigkeit zu tun? Vor allem: welche Rolle spielt die deutsche Lohnzurückhaltung der letzten Jahre dabei und wie hängt die mit Ungleichheit zusammen? Aber für solche Fragen scheint der Boden in Deutschland (noch) zu dürr.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Wer hat hier „verzerrte Umverteilungspräferenzen“?

22. Juli 2014 · von Julian Bank

FAZ und IW Köln haben wieder zugeschlagen. Auf der Basis einer auf wackligen Füßen aufgebauten Studie legen sie nahe, in Deutschland gebe es kein Ungleichheitsproblem und keine Notwendigkeit einer Umverteilungspolitik. Der Beitrag zeigt auf, warum eine solche These gewagt ist.

Verteilungsfragen haben Konjunktur: Die Occupy-Bewegung thematisierte die oberen 1% der Einkommensbezieher; in Deutschland formierte sich ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis mit dem Motto „Umfairteilen“; im Bundestagswahlkampf 2013 legten SPD, Grüne und Linke einen starken Fokus auf Ungleichheit und Gerechtigkeitsfragen; dann im Frühjahr 2014 schwappte aus dem englischsprachigen Raum die „Piketty-Debatte“ herüber. Entsprechend bemüht sich das wirtschaftsliberale Lager darum, die Debatte im Zaum zu halten (vgl. hier und hier).

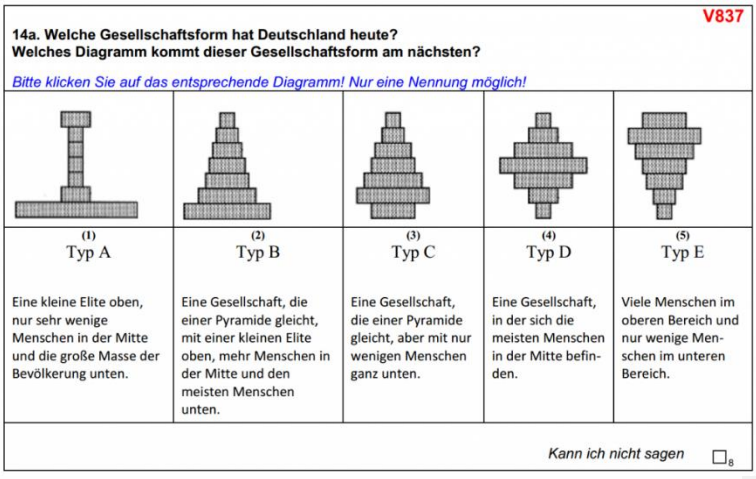
Gestern legte das wirtschaftsfinanzierte IW Köln nach, natürlich gefeatured vom Wirtschaftsteil der FAZ. Groß titelte die Zeitung in ihrem Wirtschaftsmantel: „Die Deutschen fühlen sich gerne schlecht“ und berichtete über eine ihr zunächst exklusiv vorliegende Studie des Kölner Wirtschaftsforschungsinstituts. Demnach würde die Einkommensungleichheit in Deutschland stark überschätzt, während sich die Dänen und Schweizer relativ realistisch einschätzten und einzig (innerhalb der untersuchten Länder) die Menschen in den USA die Ungleichheit unterschätzten. Der Tenor der FAZ: Die Debatte in Deutschland sei von falschen Wahrnehmungen geprägt und Umverteilung daher nicht angebracht.

> *Die Erkenntnisse deuten auch darauf hin, dass der Kurs der Sozial- und Umverteilungspolitik in der Praxis weniger von realen Ungleichheiten beeinflusst wird als vielmehr von gefühlten.*
>
> FAZ, 21.7.2014, S. 17

Die Studienautorin Judith Niehues erkennt gar einen „Teufelskreis“, weil auf Grundlage einer verzerrten Wahrnehmung eine verzerrte Umverteilungsdebatte geführt werde, die wiederum die verzerrte Wahrnehmung bestärke.

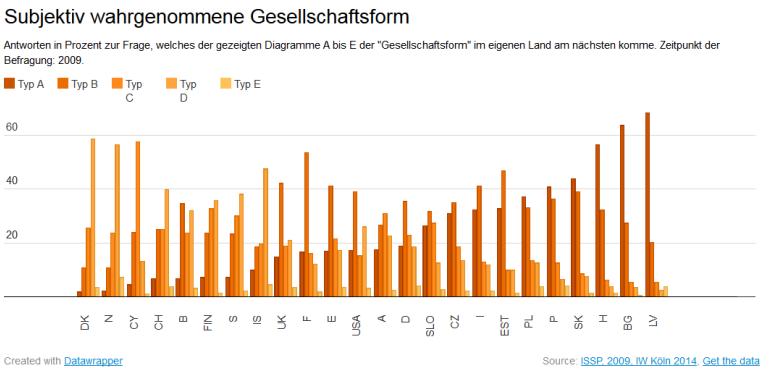
**Verzerrte Ungleichheitswahrnehmungen**

Die Beobachtung von Niehues ist in der Tat interessant. Sie kontrastiert Umfrageergebnisse der sogenannten ISSP-Studie zu wahrgenommenen Anteilen unterschiedlicher Einkommensschichten mit tatsächlich gemessenen. Vorgelegt wurden den Befragten dabei verschiedene schematische Darstellungen einer Aufteilung von sieben Schichten mit einer jeweiligen kurzen Zusammenfassung der Verteilung (siehe Abbildung unten). Demnach schätzen mehr als die Hälfte der Befragten in Deutschland die Anteile einkommensschwacher Schichten als zu hoch ein (Typ A und B).




*Quelle: ISSP / Gesis (pdf)*

Eine Übersicht zeigt die so gemessenen Einschätzungen der Ungleichheit im internationalen Vergleich:




Im nächsten Schritt werden diese Einschätzungen in der Studie zu einer Gesamteinschätzung pro Land aggregiert und mit tatsächlich gemessenen Einkommensdaten abgeglichen. Im Ergebnis erscheinen die unterschiedlich „verzerrten“ Wahrnehmungen, also das Verhältnis zwischen Wahrnehmung und tatsächlicher Ungleichheit. Es ist in der Tat interessant dass in Deutschland dieses Verhältnis *relativ zu anderen Ländern* so „pessimistisch“ ist.

Doch die empirischen Befunde sollten mit Vorsicht genossen werden: Die „tatsächlichen“ Einkommensdaten beziehen sich auf Umfragedaten, die die Ungleichheit im Vergleich zu auf der Steuerstatistik basierten Daten unterschätzen, weil Spitzeneinkommen mangels Beteiligung der Top-Verdiener nicht repräsentiert sind.

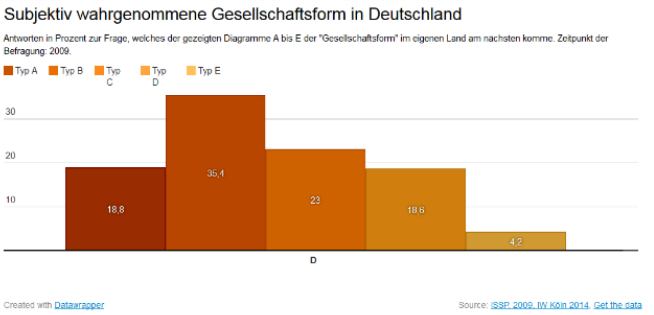
Zudem werden die *Nachsteuereinkommen* von Haushalten betrachtet, bei denen die Ungleichheit natürlich geringer ist als bei den Einkommen vor Steuern. Welche Größe später relevant ist, wenn man über die Notwendigkeit von Umverteilung diskutiert, hängt aber etwa davon ab, ob man über *bisherige* Umverteilung reden möchte oder über noch *zusätzliche*. Ginge es um erstere wären die Vorsteuereinkommen interessant, ginge es um letztere, dann wären tatsächlich eher die Nachsteuereinkommen die wichtige Größe. Wer weiß schon, an welche Einkommensart die Studienteilnehmer in dem Moment der Befragung dachten – wenn sie überhaupt an *Einkommen* dachten.

Denn die Frage der ISSP-Umfrage unterscheidet beispielsweise nicht zwischen Vermögens- und Einkommensungleichheit, sondern fragt sehr allgemein nach der „Gesellschaftssform“. Vermögen sind in Deutschland besonders ungleich (*.pdf*) verteilt. Wenn in der Frage von „Gesellschaftsform“ und „Elite“ die Rede ist, sind Vermögen eine ebenso interessante Größe, weil sie eine dauerhaftere Komponente von ökonomischen Chancen beschreiben mögen.

Auch könnte ein/e Studienteilnehmer/in bei Begriffen wie „Gesellschaftsform“ und „Elite“ vielmehr in *politischen* Dimensionen denken. Angesichts der regelmäßig bekannt werdenden Lobbyverflechtungen bei zahlreichen wichtigen politischen Entscheidungen, erscheint je nach politischer Orientierung die Wahrnehmung einer „extremeren“ Schichtenverteilung nicht völlig aus der Luft gegriffen.

Des Weiteren gibt die Autorin zu, dass die Einteilung der sieben Schichten ein willkürliches Unterfangen sei, auch wenn sie darauf beharrt, dass bei ihr die Verteilung „allenfalls nach unten verzerrt“ sei. Aber was sie damit bestätigt: Wer kann schon genau sagen, was Studienteilnehmer assoziieren wenn sie die verschiedenen Bildchen betrachten. Wo ziehen sie die Grenzen zwischen den sieben Schichten? Theoretisch könnte man *jegliche* wahrgenommene Schichtung genau empirisch wiederfinden, wenn man die sieben Schichten entsprechend definiert.

Ferner ist problematisch, dass die Studienautorin die Antworten zu *einer kollektiven Präferenz* für alle Deutschen aggregiert, um dies mit der von ihr definierten tatsächlichen Schichtenverteilung abzugleichen. Die folgende Abbildung zeigt die Antworten der Studie noch einmal nur für Deutschland:



Interessanter wäre es doch vielleicht, zu untersuchen, zu welchen gesellschaftlichen Milieus welche Antwortgeber gehören. Beispielsweise könnte gestiegene soziale Abstiegsangst – unter erwiesenermaßen gestiegener Ungleichheit – Antworten in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen prägen. Damit würde die Antwort nicht unbedingt besser die (Einkommens-)Realität beschreiben, aber sie würde dennoch ein Urteil über eine „Fehlwahrnehmung" stark relativieren, zumal ja nicht einmal konkret nach der Einkommensschichtung gefragt wurde. Eine solche Differenzierung geht im Ländervergleich von Aggregaten völlig unter.

Schließlich sollte stutzig machen, dass es zahlreiche empirische Befunde gibt, die in eine gegenteilige Richtung weisen: Davon findet sich jedoch keine Erwähnung weder in der IW-Studie noch im FAZ-Artikel. Für eine große Geschichte in der renommierten FAZ ist das schon enttäuschend. So stellen Osberg / Smeeding (2006) (*pdf*) in einer Studie, die sich ausgerechnet auf Daten des ISSP (allerdings auf die vorherige Ungleichheits-Umfrage von 1999) stützt, auf das sich auch Niehues bezieht, fest, dass Befragte in Deutschland wie in allen anderen untersuchten Ländern, das Verhältnis zwischen den Einkommen von Managern und Fachkräften deutlich *unterschätzen*. Und Aalberg (2003) zufolge wird etwa der Abstand der Einkommen von Arbeitern und Ärzten deutlich unterschätzt.

Dennoch bleibt die spannende Frage, warum *im internationalen Vergleich* Deutschland in seinem Verhältnis zwischen Wahrnehmung und tatsächlicher Verteilung der *Schichten* (also nicht der Einkommensabstände dieser Schichten) abweicht. Hier hat die IW-Studie einen Punkt. Doch bedürfte es einer näheren Untersuchung etwa der Frage, welche Rolle andere länderspezifische Faktoren möglicherweise spielen. Gemessen an der Vielzahl von Einschränkungen wäre es in jedem Fall angesagt das Ganze ausgewogener zu formulieren, statt kühne politische Schlussfolgerungen zu ziehen. Doch das IW Köln hat keine Kosten und Mühe gescheut und gleich eine schicke interaktive Grafik erstellt, in der man sich der Botschaft vergewissern kann.

**„Verzerrte Umverteilungspräferenzen"**

Vor allem aber suggerieren Niehues und FAZ – aufbauend auf der einen empirischen Studie – eine Wirkungskette, die angesichts der wackeligen Basis doch recht wagemutig anmutet und die unausgesprochene Werturteile enthält. Niehues untersucht im weiteren Verlauf den statistischen Zusammenhang zwischen der subjektiv empfundenen Ungleichheit und den „Umverteilungspräferenzen" in unterschiedlichen Ländern und findet einen positiven Zusammenhang: Je höher die wahrgenommene Ungleichheit der sieben Schichten, desto stärker der Wunsch nach Umverteilung. Daher auch ihre Warnung vor einem „Teufelskreis".

Die Erzählung geht ungefähr so:

(1) Die Wahrnehmung von Ungleichheit ist verzerrt
(2) Umverteilungspräferenzen sind positiv korreliert mit der Wahrnehmung von Ungleichheit
(3) Umverteilungspräferenzen sind verzerrt

Wir haben gesehen: (1) gilt wenn überhaupt eher eingeschränkt. Es gibt viele Ungleichheitsdimensionen, in denen sich das Verhältnis zwischen Wahrnehmung und tatsächlicher Ungleichheit ganz anders darstellt, und es bleibt offen, was Studienteilnehmer wirklich assoziieren. Aber nehmen wir ruhig an (1) würde gelten: Wer sagt uns, dass der Wunsch nach Umverteilung bei der gegebenen tatsächlichen Verteilung anders wäre, wenn (1) nicht zuträfe? Und noch weitergehend: Könnte denn nicht auch eine geringere *tatsächliche* Ungleichheit zu denselben Präferenzen führen?

Der Begriff „verzerrter Ungleichheitspräferenzen" impliziert eine Vorstellung „wahrer" Präferenzen. Das klingt eigentlich eher nach Vulgärmarximus. Der Begriff enthält ein unausgesprochenes Werturteil, das sich vermutlich aus der Logik des sogenannten „Medianwählertheorems" speist, mit dem die Studie einsteigt. Demnach sind Wähler eigennützig und wollen

mit ihren Wahlentscheidungen ihren eigenen Nutzen maximieren.

Das Medianwählertheorem besagt dann (nachdem eine Reihe unrealistischer Annahmen getroffen wurden, wie bspw. eindimensionale Wahloptionen, also dass die Bewertung verschiedener Politikfelder sich zwischen den Wählergruppen nicht widerspricht, oder dass Menschen nicht auch wichtig finden, wie es anderen um sie herum geht), dass das politische Programm des Wahlsiegers die Interessen der Person spiegeln, die genau in der Mitte der Verteilung positioniert ist.

Wenn Wähler aber wie die Studie zu zeigen glaubt ihren Nutzen falsch wahrnähmen, dann sei auch ihre politische Präferenz verzerrt. Es ist schon erstaunlich, dass aus einer wirtschaftspolitischen Ecke, in welcher der *subjektive* Nutzen des Individuums sonst das Maß aller Dinge ist, plötzlich ein Versuch kommt, das ‚objektiv Richtige' korrigierend festzustellen: „Die Deutschen fühlen sich gerne schlecht".

**Verzerrte Mediendebatte**

Vielleicht haben „die Deutschen" gute Gründe, Umverteilung zu wünschen, *obwohl* bestimmte Tonangeber permanent versuchen ihnen einzureden, sie hätten gar keinen Grund dazu. Ganz bezeichnend in dieser Hinsicht war auch der Leitartikel von Zeit-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo auf der Titelseite der Zeit, kurz vor der Bundestagswahl 2013:

> *Schließlich gibt es einen Makel, den die SPD ganz allein zu verantworten hat und der ihr mehr zusetzt, als es die meisten Genossen wahrhaben wollen: Es ist die Angst, die SPD wolle Teilen der Mittelschicht an den Geldbeutel. Und diese Befürchtung ist keinesfalls eine Erfindung des politischen Gegners. (...) Aber es gibt dabei ein Missverständnis: Eine Alleinverdienende mit Familie und einem Jahreseinkommen von 100 000 Euro hat sicherlich ein hohes Gehalt, weit über dem Durchschnitt aller Erwerbstätigen in Deutschland. Aber jeder, der in einer Großstadt wie München, Frankfurt oder Hamburg lebt oder sich mit den Lebenshaltungskosten dort auskennt, weiß auch: Reich ist sie deswegen noch lange nicht, große Sprünge sind da weder bei der Wohnung noch im Urlaub oder beim Hobby drin.*
>
> Giovanni di Lorenzo, Die Zeit, 29. August 2013, S.1.

100.000 Euro, damit liegt man gemütlich innerhalb der obersten fünf Prozent der Einkommensbezieher. Man fragt sich angesichts solcher Patzer, in welche Richtung wessen Fehleinschätzung der Verteilung in Deutschland wirklich geht. Ulrike Herrmann von der taz sagte sehr klug auf dem Kongress Umverteilen Macht Gerechtigkeit, worin ein zentrales Problem für eine Politik liege, die versuche gegen die unmittelbaren materiellen Interessen der einkommensstärksten 5-10% umzuverteilen, so wie es die rot-grünen Steuererhöhungspläne in Maßen vorsahen: (Noch) gut bezahlte Journalisten, wie etwa bei den großen überregionalen Zeitungen und im Fernsehen, zählten schon zu diesen Einkommensgruppen, hielten sich aber zugleich fälschlicherweise für die Mittelschicht.

***Nachtrag (25.7.2014)***:

Die New York Times berichtete gestern über eine Studie von Forscher/innen der Uni Hannover, die auch in der IW-Studie zitiert wird – allerdings nur selektiv. Was nämlich unterschlagen wird, ist dass in allen untersuchten Ländern, auch in Deutschland, die Einkommensungleichheit *unterschätzt* wird, wenn man den wahrgenommenen Abstand zwischen Durchschnitts- und Medianeinkommen betrachtet.

***Nachtrag* (10.12.2014)**:

Die in diesem Blogbeitrag diskutierte Studie hat noch einmal Aufsehen erregt, weil der Sachverständigenrat (die sogenannten 'Wirtschaftsweisen') die Studie aufgegriffen hat. In einer tollen Satire nehmen Max Uthoff und Claus von Wagner das Jahresgutachten und seine verzerrte Wahrnehmug vermeintlich verzerrter Ungleichheitswahrnehmungen aufs Korn:

*Auf Youtube Anschauen*

***Nachtrag (12.12.2014):***

Das IW Köln promoted seine fragwürdige Studie trotzdem munter weiter:

> *IW Köln: Realität und Wahrnehmung liegen bei der #Einkommensverteilung weit auseinander – in Deutschland und international. http://bit.ly/1vYwITN*
>
> 14:34 - 12 Dez 2014

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Eine schicke Grafik nimmt ihren Lauf

19. August 2014 · von Julian Bank

Bereits vor einem Monat erschien in diesem Blog ein kritischer Beitrag zu einer Studie des wirtschaftsfinanzierten IW Köln zu wahrgenommenen Ungleichheiten. Der Tenor: Die Studie hat einen interessanten Punkt, aber ansonsten steht sie auf ziemlich wackeligen Füßen.

Zentrale Kritikpunkte: Es werden Äpfel (krude gemessene Wahrnehmung der "Gesellschaftsform") mit Birnen (Nachsteuereinkommensdaten auf Umfragebasis) verglichen; es werden Daten zu einer gesellschaftlichen 'Gesamtpräferenz' aggregiert – was immer das dann heißt; es wird eine Studie selektiv zitiert, die – ähnlich wie andere Forschungsbeiträge zu Ungleichheitswahrnehmungen – zu *gegenteiligem* Ergebnis kommt, nämlich dass Einkommensungleichheit *unterschätzt* wird; und dann wird unterstellt, die Deutschen hätten "verzerrte Umverteilungspräferenzen", ganz so als ob es 'wahre Präferenzen' gäbe, die sich etwa in der Einkommensstatistik versteckt hielten und die nun endlich vom IW Köln hervorgezerrt wurden.

Die FAZ hatte die Studie exklusiv vorliegen und machte in ihrem Wirtschaftsteil eine große Geschichte daraus. Überschrift: "Die Deutschen fühlen sich gerne schlecht".

Eine Nebenbemerkung in meinem damaligen Blogartikel:

Gemessen an der Vielzahl von Einschränkungen wäre es in jedem Fall angesagt das Ganze ausgewogener zu formulieren, statt kühne politische Schlussfolgerungen zu ziehen. Doch das IW Köln hat keine Kosten und Mühe gescheut und gleich eine schicke interaktive Grafik erstellt, in der man sich der Botschaft vergewissern kann.

Diese Investition scheint sich gelohnt zu haben: denn nicht nur hat in der Zwischenzeit stern.de und die NZZ berichtet, und der österreichische Standard die Geschichte gleich mit den entsprechenden Österreichischen Daten übernommen.

**Die Botschaft kommt an… Überschriften von Berichten zu der IW Studie:**

- Die Deutschen fühlen sich gerne schlecht *(FAZ, 21. Juli 2014)*
- Ein Land fühlt sich arm *(stern.de, 21. Juli 2014)*
- Eine Bevölkerung leidet unter Wahrnehmungsstörungen *(NZZ, 23. Juli 2014)*
- Österreicher fühlen sich ärmer, als sie sind *(Der Standard, 25. Juli 2014)*

Auch die global viel beachtete Financial Times, namentlich ihr Berlin-Korrespondent, rollte vor zwei Tagen die ganze Geschichte noch einmal samt großer Grafik auf, kurz bevor die Studienautorin auf der Lindauer Tagung der Nobelpreisträger ihre Ergebnisse vorstellt.

Und auch die sogenannten "Datajournalists" haben ihre Freude an der animierten Grafik und twittern fleißig:

> *Christina Elmer: How many poor people live in your country? Germans and Americans are both wrong http://on.ft.com/1ldApSm via @FT #ddj*
>
> 07:16 - 19 Aug 2014

> *Data Le Temps: 1/5 Comment voyons-nous les inégalités dans notre pays? Le @iw_koeln propose de confronter notre vision à la réalité http://www.iwkoeln.de/__extendedmedia_resources/176927/index.html …*
>
> 12:53 - 19 Aug 2014

Und so nimmt die Botschaft ihren Lauf.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Sie wollen es nicht wahrhaben

7. April 2015 · von Julian Bank

Ein aktuelles FAZ-Interview mit dem britischen Ungleichheitsforscher Tony Atkinson ist gleich doppelt erhellend. Die Antworten sind interessant. Aber fast noch interessanter sind die Fragen. Sie fassen ziemlich prägnant zusammen, wie die FAZ das Thema Ungleichheit in letzter Zeit anpackt. *

Klar – die besten Interviewer stellen provokative Fragen. Aber viele Fragen transportieren auch eine Position und sie strukturieren die Debatte über das Thema. Deswegen ist eine kritische Betrachtung provokativer Interview-Fragen ein durchaus erhellendes Unterfangen.

### "Den Deutschen" geht es doch gut

> *Herr Atkinson, den Menschen in Deutschland geht es gut. Warum sollten sie sich Gedanken über Ungleichheit machen?*
>
> *FAZ, 6.4.2015*

Da haben wir bereits in der ersten Frage eine wohlbekannte Suggestion: Die Ungleichheitsdebatte in Deutschland sei ja geradezu hysterisch. In Wirklichkeit überschätzten die Deutschen (einer wirtschaftsfinanzierten Denkfabrik zufolge) die Ungleichheit.

Und auch das ständige Lamento über die zunehmende Armut sei doch eigentlich in Deutschland fehl am Platz. Wo sich nun sogar Andrea Nahles vor den Karren derjenigen spannen lässt, die den Armutsbegriff zurück ins 19. Jahrhundert katapultieren wollen.

### Politik von Vorgestern vs. moderne Politik

> *"Das [Klimawandel, Schuldenabbau, Pensionslasten, Geschlechterungleichheiten] sind teilweise sehr moderne Probleme. Meinen Sie wirklich, die kann man mit den Mitteln von vorgestern lösen – hohe Steuern, mehr Sozialleistungen?"*
>
> *FAZ, 6.4.2015*

Sicher bekämpft man nicht den Klimawandel direkt mit einer stärkeren Progression in der Einkommensbesteuerung, mit einer Vermögenssteuer oder mit besseren Sozialleistungen. Aber so meint Atkinson das ja auch überhaupt

nicht. Insofern wäre eine Frage nach dem Zusammenhang zwischen Ungleichheit und den genannten Herausforderungen tatsächlich interessant. Beispielsweise ist es für die Umsetzung von Politikmaßnahmen, die darauf zielen, die wahren ökologischen Kosten vieler Produktionsprozesse einzubeziehen, von zentraler Bedeutung, ob solche Maßnahmen zu sozialen Härten führen.

Die in der Frage implizierte Unterscheidung von Problemen und Politikmaßnahmen in "modern" und "vorgestrig" transportiert jedoch eine völlig andere Botschaft. Umverteilung sei gestern, nein vorgestern gewesen – moderne Politik aber sei etwas anderes. "Governance" oder sowas…

**It's Globalisierung, stupid!**

> *Wenn Leute mit Geld von solchen Plänen Wind bekommen – dann verschwinden die doch sofort in ein Land, wo sie nicht um ihr Vermögen fürchten müssen.*
>
> *FAZ, 6.4.2015*

Da ist sie, die Globalisierungskeule. Atkinson weist sie zwar zurück – denn der Einwand ist angesichts eines wachsenden politischen Willens, international gegen Steuerflucht und -vermeidung vorzugehen, viel eher "von vorgestern". Aber man kann ja nochmal nachhaken:

> *Für wirklich globale Steuern müssten irrwitzige Mengen von Finanzdaten ausgetauscht werden. Machen Sie sich keine Sorgen, wer die alles zu sehen kriegt?*
>
> *FAZ, 6.4.2015*

Irrwitzig. Wirklich schlimm. Dann könnte es sogar dazu kommen, dass auch die Vermögenden, die sich bisher einer Beteiligung an öffentlichen Gütern entziehen, gezwungen sind mitzumachen. Man stelle sich zusätzlich vor, sie könnten am Ende sogar nur noch gleichberechtigt in der Demokratie ihre Stimme einbringen… Halblang: Zu ihrem Glück sind wir ja in der Lobby-Regulierung noch nicht so weit.

Es ist schon interessant, an welchen Stellen in bestimmten Kreisen der Liberalismus und die Sorge um den Datenschutz bemüht wird, und um welche und wessen Freiheit die Sorge dann am größten ist.

**Umverteilung bremst wirtschaftliche Dynamik**

> *Ihr gesellschaftliches Vorbild ist die Nachkriegszeit. Wenn sich herausstellt, dass sich die heutige Ungleichheit nicht ohne große Wohlstandsverluste verringern lässt – und Sie zwischen damals und heute wählen müssten: Wo würden Sie leben?*
>
> *FAZ, 6.4.2015*

Es ist zwar offen formuliert. Aber das ganze Framing der Frage macht klar, woher der Wind weht. Denn ein Standard-Argument gegen die Umverteilung ist – wenn das Globalisierungsargument schon verbraucht ist und der Verweis auf das vermeintlich brachliegende Frankreich gerade nicht passt (Atkinson ist Brite, nicht Franzose, wie Piketty) – der Hinweis auf mögliche große Wohlstandssverluste, mit denen vermeintlich zu rechnen wäre, wenn die wirtschaftliche Dynamik durch Umverteilung vermeintlich geschwächt würde.

Wie gesagt: Gute Interviews basieren auf provokativen Fragen. Insofern könnte man sagen: es ist ein hervorragendes Interview, weil lauter sonderbare Positionen vorgebracht werden, denen entgegnet werden kann. Wenn man aber bedenkt, dass diese Fragen in einem publizistischen Kontext stehen, wo in ihnen enthaltene Thesen ständig reproduziert werden, sei es in redaktionellen Kommentaren, zuspitzenden Artikelüberschriften oder 'ausgewählten' Studien, dann zeigt dies aus meiner Sicht eher, wie bitter es weiterhin um die Ungleichheitsdebatte in Teilen der deutschen Medienöffentlichkeit bestellt ist.

**Das Interview erschien zunächst in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 29.3.2015, seit 6.4. ist es auch online verfügbar*

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Weitere Verteilungsfragen

> Steuerflucht und Steuervermeidung

> Ungleichheit und Ausgrenzung

> Ungleichheit und Politischer Einfluss

> Zur Rechtfertigung von Ungleichheit

> Eigene Beiträge in anderen Medien

# Wo die wilden Vermögen liegen – Gabriel Zucmans „Taxing Across Borders" als Meilenstein der Steuerfluchtforschung

26. November 2014 · von Julian Bank

*Schätzungsweise 190 Milliarden Dollar gehen Staaten weltweit jedes Jahr verloren durch Steuerflucht und Steuervermeidung allein aus Finanzvermögen. Zudem sinken die effektiven Steuersätze auf Unternehmsngewinne kontinuierlich, wie der junge Ökonom Gabriel Zucman am Beispiel der USA aufzeigt. In einem neuen Journalartikel fasst er seine Forschungsergebnisse zu Steuerflucht und Steuervermeidung zusammen.*

Der 28-jährige Piketty-Schüler Gabriel Zucman hat in der vergangenen Woche einen sehr lesenswerten Journal-Artikel mit dem Titel „Taxing across Borders" zu Steuervermeidung und Steuerflucht veröffentlicht. Der britische Ökonom und Experte für Steuerflucht Alex Cobham preist den Artikel als Meilenstein zu dem Thema in der akademischen Fachliteratur.

Zucman machte bereits in den vergangenen Monaten Furore mit einem Buch über Steueroasen, das im Suhrkamp-Verlag auch auf Deutsch erschienen ist. Darin beziffert er die globalen Finanzvermögen, die auf Steueroasen lägen, auf rund 5800 Milliarden Euro (rund acht Prozent des privaten Finanzvermögens weltweit), von denen Zucman schätzt, dass rund 4700 Mrd. nicht versteuert seien. Rund 30 % davon lägen in der Schweiz. Er schätzt, dass Staaten weltweit jedes Jahr rund 130 Milliarden Euro an Steuereinnahmen verloren gingen.

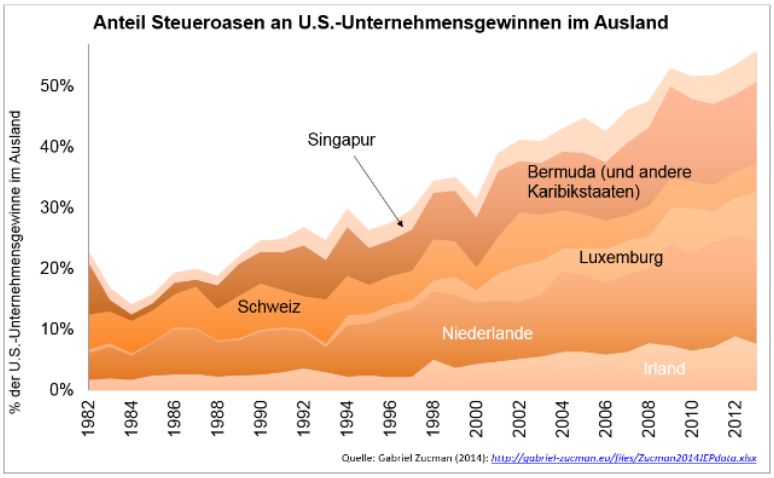
Viel internationale Aufmerksamkeit bekam kürzlich auch ein Working Paper über die Vermögenskonzentration in den USA seit 1913, das Zucman gemeinsam mit dem Ungleichheitsforscher Emmanuel Saez publizierte. Hier zeigen die beiden Autoren beispielsweise auf, dass mittlerweile die Vermögenskonzentration in den USA so stark angewachsen ist, dass den reichsten 0,1% (!) der Haushalte 22% der Vermögen gehören – genau so viel wie den ärmsten 90%. Dies ist ein Ausmaß an Vermögensungleichheit, das die USA seit den 1930er Jahren nicht mehr gesehen haben.

In dem nun erschienenen Artikel über Steuervermeidung und Steuerflucht im *Journal of Economic Perspectives* bringt Zucman wesentliche Erkenntnisse seiner Forschung über Steuerflucht und Steuervermeidung zusammen. Dabei diskutiert er zunächst Steuervermeidung durch Unternehmen, im Anschluss geht er auf individuelle Vermögen in Steueroasen ein und abschließend diskutiert er jeweils politische Lösungsansätze.

**Sinkende Steuereinnahmen aus Unternehmensgewinnen, wachsende Bedeutung von Steueroasen**

- Zucman zufolge fallen mittlerweile rund 30% der US Unternehmensgewinne im Ausland

- **Rund die Hälfte dieser Gewinne würde mittlerweile in Steueroasen** erzielt, insbesondere in Irland, den Niederlanden, Luxemburg, der Schweiz, Bermuda und anderen karibischen Inseln und Singapur:

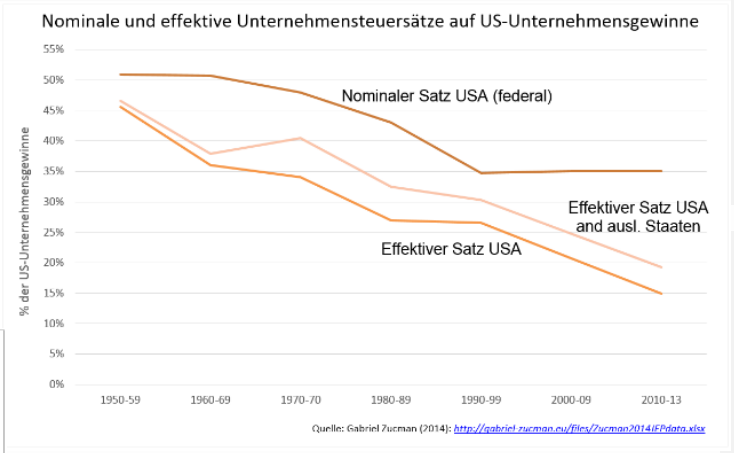



*Quelle: Gabriel Zucman (2014) – xlsx-Datei*

- Damit habe sich der Anteil von US-Unternehmensgewinnen, die in Steueroasen anfielen, seit den 1980er Jahren beinahe verzehnfacht, wobei ein wachsender Anteil dieser Gewinne in Steueroasen gehalten werde, statt sie in die USA zu transferieren.

- Der effektive Steuersatz auf Unternehmensgewinne in den USA habe sich in den vergangenen Jahrzehnten stetig verringert auf mittlerweile rund 20%, wovon rund 16% auf die USA entfielen und 4% auf andere Länder.

- In den vergangenen 25 Jahren hat sich dabei die Bedeutung von Steuervermeidung vergrößert: vorher fielen die effektiv gezahlten Steuern auf Unternehmensgewinne mit dem föderalen Steuersatz. Seit den 1990er Jahren haben sich diese beiden voneinander entkoppelt: der nominale Steuersatz auf Unternehmensgewinne blieb konstant – die effektiv gezahlten Steuern fielen weiter:



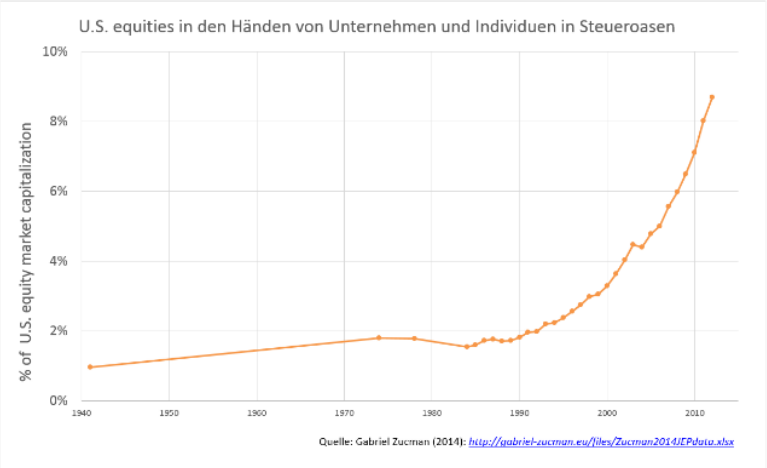

*Quelle: Gabriel Zucman (2014) – xlsx-Datei*

- Zucman weist darauf hin, dass dies nicht im Widerspruch dazu stehe, dass der Anteil des Steueraufkommens am gesamten Nationaleinkommen in den letzten 30 Jahren recht konstant bei 3 % gelegen habe. Warum? Der Anteil der Unternehmensgewinne am Nationaleinkommen hat in dieser Zeit zugelegt. Er schreibt:

> *In the United States like in other high-income countries, „capital is back" – but capital taxes, not at all.*
>
> Gabriel Zucman (2014), *Taxing Across Borders: Tracking Personal Wealth and Corporate Profits*

**Gigantische Vermögenswerte im Ausland – mit hohen Steuerverlusten weltweit**

- Seit den 1990er Jahren hat es Zucmans Berechnungen zufolge außerdem einen steilen Anstieg an in Steueroasen gehaltenen **Vermögen** gegeben. In 2012 entfielen 9% des börsennotierten US-Eigenkapitals („listed equity capitalization") auf in Steueroasen angesiedelte Investoren („hedge funds in the Cayman Islands, banks in Switzerland, mutual funds in Luxembourg, individuals in Monaco, etc."), im Vergleich zu knapp 2% um 1990:




*Quelle: Gabriel Zucman (2014) – xlsx-Datei*

- Zucman schätzt die sogenannten **„Offshore"-Vermögen** – wie eingangs erwähnt – auf rund 7,6 Billionen, also **7600 Milliarden Dollar**, was einem **jährlichen Steuerverlust von rund 190 Mrd. Dollar** entspreche. Und dies berücksichtigt nur Finanzvermögen.

- Allein **europäische Staaten** hätten demnach jährlich Steuerverluste von rund 75 Milliarden Dollar:

| | Offshore wealth ($ bn) | Share of financial wealth held offshore | Tax revenue loss per year ($ bn) |
|---|---|---|---|
| Europe | 2.600 | 10 % | 75 |
| USA | 1.200 | 4 % | 36 |
| Asia | 1.300 | 4 % | 35 |
| Latin America | 700 | 22 % | 21 |
| Africa | 500 | 30 % | 15 |
| Canada | 300 | 9 % | 6 |
| Russia | 200 | 50 % | 1 |
| Gulf countries | 800 | 57 % | 0 |
| Total | 7.600 | 8 % | 190 |

Quelle: Gabriel Zucman (2014)
http://gabriel-zucman.eu/files/Zucman2014JEPdata.xlsx

Dabei gilt zu erwähnen, dass Zucman mit seinen Schätzungen eher noch am unteren Ende liegt – was er selbst bestätigt. Nach Auffassung des **Tax Justice Network** dürften die Offshore-Vermögen noch deutlich größer sein. In einer Studie schätzen Sie die Vermögen in Steueroasen auf rund 32 Billionen US-Dollar. Sie bemängeln bei Zucman unter anderem, dass er sich auf internationale Daten des IWF stütze statt auf die Daten der jeweiligen Steuerbehörden. Zudem betrachte er nicht die Vermögen, die in sogenannten „Shell Corporations" und in Stiftungen verborgen lägen.

**Politische Handlungsoptionen**

Neben einer Reihe von Politikvorschlägen, die die USA (oder auch andere Länder) im Alleingang umsetzen könnten, sind einige Maßnahmen nur durch internationale Kooperation umzusetzen. Unter anderem brauche es eine Ausweitung des **automatischen Informationsaustauschs** zwischen Banken und **Sanktionen gegen Steueroasen**, die nicht zur Kooperation bereit seien.

Ein zentraler Vorschlag von Zucman liegt in einem „**Weltfinanzregister**", über das Länder tatsächliche Ertrags- und Steuerdaten international abgleichen könnten. Das klingt ähnlich wie Thomas Pikettys Forderung nach einer globalen Vermögenssteuer nach akademischer Utopie, nach Mangel an politischem Pragmatismus. Allerdings sollte man auch den Vorschlag von Zucman in den großen Linien einordnen, in denen er denkt und analysiert. Das klingt ähnlich wie Thomas Pikettys Forderung nach einer globalen Vermögenssteuer nach akademischer Utopie, nach Mangel an politischem Pragmatismus. Allerdings sollte man den Vorschlag von Zucman in den großen Linien einordnen, in denen er denkt und analysiert.

Er diskutiert in seinem Artikel eingangs die historischen Wurzeln des institutionellen Rahmens zur Besteuerung von international agierenden Unternehmen. Drei Prinzipien hätten Ökonomen im Auftrag des Völkerbunds (sozusagen dem Vorläufer der Vereinten Nationen) in den 1920er Jahren vorgeschlagen, die bis heute die internationale Besteuerung von Kapitaleinkommen regele:

- Das **Quellenlandprinzip** (Unternehmen zahlen dort Steuern, wo Einkommen und Gewinne erzielt werden),

- das **Arm's-Length-Prinzip** (zu Deutsch auch „Fremdvergleichsgrundsatz"; Unternehmen die transnational agieren, müssen bei der Besteuerung zwischen den Ländern so aufgeteilt werden, als seien sie getrennte miteinander unter Wettbewerbsbedingungen handelnde Akteure) und

- das **Bilateralitätsprinzip** (statt multilateraler Vereinbarungen, wie stärker in der Handelspolitik verankert, sollten steuerpolitische Fragen jeweils bilateral zwischen den einzelnen Staaten in sogenannten Doppelbesteuerungsabkommen geklärt werden).

Schon damals hätte es Kritik an den Prinzipien gegeben, da sie multinationalen Unternehmen viele Möglichkeiten eröffneten, die Staaten gegeneinander auszuspielen und damit ihre gesamte Steuerlast zu minimieren. Nur, und das ist ein wichtiger Punkt von Zucman: danach fand im Zuge der Großen Depression und des Zweiten Weltkriegs eine starke Deglobalisierung statt – und die Konsequenzen dieser internationalen Fehlkonstruktion waren zunächst nicht so stark spürbar.

Dies holt uns erst seit den 1970/80er Jahren mit zunehmender Wucht ein. Wer nun meint, es sei realpolitisch völlig abwegig, ein Weltfinanzregister zu initiieren und durch internationale Kooperation Steuergerechtigkeit zurückzuerobern, nur weil der Status Quo seit Jahrzehnten anders war, denkt möglicherweise nicht in den großen historischen Dimensionen, in denen sich das zu lösende Problem bewegt.

Es ist erstaunlich (ist es das?), dass solches Denken nicht von einem ‚gestandenen Staatsmann' oder einer ‚gestandenen Staatsfrau' kommt, sondern von einem 28jährigen. Selbst wenn eine weitere Debatte über die besten Maßnahmen der Politik dagegen, dass sich Vermögen und Kapitaleinkommen zunehmend der Besteuerung entziehen, noch aussteht: die Größe und Relevanz gemäß derer über diese Fragen nachgedacht werden muss, ist spätestens seit Zucmans Artikel auch in der Fachwelt abgesteckt.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Aus gegebenem Anlass: Harald Schumann über Ungleichheit, Statusängste und Ausgrenzung

16. Dezember 2014 · von Julian Bank

Harald Schumann, brillanter Investigativ-Journalist beim Tagespiegel und eine Ausnahmeerscheinung unter den deutschen Wirtschaftsjournalisten, auch weil er die großen gesellschaftlichen Megathemen Ungleichheit und Ökologie schon lange und beharrlich thematisiert, hat mit einer Rede als Gast beim Demokratiekongress von Bündnis 90 / Die Grünen vor drei Jahren vieles von dem vorweggenommen, was wir heute erleben.

Der Titel seiner Key-Note-Rede lautet „Wirtschaftliche Macht und Demokratie“ – und er geht entsprechend auf die Lobbyverflechtungen zwischen Politik und ressourcenstarken Wirtschaftsinteressen (insbesondere der Finanzindustrie) ein und fordert eine „Wiederbelebung der parlamentarischen Idee“. Doch ihm gelingt ein noch viel scharfsinnigerer analytischer Bogen, um das Demokratieproblem in seinem eigentlichen Ausmaß zu ergründen. Schumann schlägt den Bogen zur Frage der sozialen Ungleichheit und begründet, warum diese eine Schlüsselfrage gesellschaftlichen Fortschritts ist:

> *Ja, ich weiß, da gibt es noch ganz andere, viel größere Aufgaben: das Megaproblem Klimawandel zum Beispiel, das seinerseits ein furchtbares Gerechtigkeitsproblem zwischen Nord und Süd aufwirft. Aber eines ist sicher: Es wird niemals politische Mehrheiten für einen globalen Klimapakt, eine Reduzierung unseres Ressourcenverbrauchs und einen fairen Nord-Süd-Ausgleich geben, wenn die Bürger wissen, dass die Lasten nicht fair verteilt werden.*
>
> *Da gilt eine ganz simple Formel: Ohne lokale oder nationale Gerechtigkeit ist globale Gerechtigkeit unmöglich!*
>
> *Mit anderen Worten: Verteilung ist nicht alles, aber ohne Verteilungsgerechtigkeit wird alles nichts.*
>
> Harald Schumann, Wirtschaftliche Macht und Demokratie, Rede am 13. März 2011

*Auf Verteilungsfrage anschauen*

*Wer sich von Ausgrenzung bedroht sieht, der trachtet seinerseits nach Ausgrenzung der noch Schwächeren und Fremden. Kaum etwas ist politisch so explosiv wie die Ausbreitung von Statusängsten. Denn diese verunsichern die Menschen in ihrer Identität, in ihrer Vorstellung über ihren Platz in der Gesellschaft. Dann suchen sie nach Absicherung nach unten, und das geht nun mal am ehesten über die Abwertung anderer. Und beinahe automatisch greifen damit wachsende soziale Spaltung, Rassismus und der Ruf nach Abschottung gegen das böse Ausland um sich. Also nicht die Armut selbst ist eine Gefahr für die Demokratie, aber die Angst davor, die nagt an ganz wichtigen Grundsätzen. Dies ist eine historische Konstante, die über alle Zeiten und Kulturen hinweg gilt: Wachsende Ungleichheit stärkt unvermeidlich die irrationalen politischen Kräfte.*

Harald Schumann, Wirtschaftliche Macht und Demokratie, Rede am 13. März 2011

Schumanns Worte scheinen angesichts der derzeitigen Welle fremden- und minderheitenfeindlicher Ausbrüche in der Öffentlichkeit nur allzu zutreffend – und sie sollten all denjenigen, denen an einer freiheitlichen und offenen Gesellschaft gelegen ist, mahnen, sich gegen die wachsende soziale Ungleichheit einzusetzen. Es zeigt sich hier auf eine weitere Weise, wie Freiheit und Verteilungsfragen zutiefst miteinander zusammenhängen.

*Die Rede von Harald Schumann am 13. März 2011 kann hier nachgelesen werden.*

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Wie sich französische Vermögende politischen Einfluss erkaufen

7. Juni 2015 · von Julian Bank

Ökonomische Ungleichheit droht sich auf verschiedene Weisen in politische Ungleichheit zu übersetzen, heißt es – auch in diesem Blog – immer wieder. Ein Bericht des Frankreich-Korrespondenten Leo Klimm in der Süddeutschen Zeitung (3./4. Juni, S. 46) illustriert sehr anschaulich einen dieser Mechanismen: Reiche Industrielle und Vermögende kaufen sich ihre Medien, ihre "danseuse" (Tänzerin), wie es im Branchenjargon heißen soll.

Klimm berichtet über den Kauf des traditionsbehafteten, "gehobenen Boulevardblatts" *Le Parisien* (tägliche Verkaufszahl: 380.000 Exemplare) durch die Holding LVMH des "Luxusmagnaten" Bernard Arnault. Arnault und seine Familie liegen laut Forbes-Reichenliste auf Platz zwei in Frankreich. Geschätztes Vermögen: knapp 40 Mrd. US-Dollar. Da erscheint der vermutete Kaufpreis von 50 Mio. Euro doch als Peanuts. LVMH gehörte bereits zuvor die Wirtschaftszeitung *Les Echos*.

Und dies ist kein Einzelfall. Wie Klimm berichtet, bauen viele Superreiche ihren eigenen "publizistisch-industriellen Komplex" auf, im konservativen wie im progressiven Lager:

- Dem Rüstungsindustriellen und konservativen Senator Serge Dassault (Dassault & Familie sind laut Forbes der viertreichste Klan in Frankreich) gehört seit 2004 die Zeitung *Figaro* (Auflage 2013: 329.000, Quelle: Wikipedia)
- Der Bauunternehmer Martin Bouygues (Forbes: gemeinsam mit seinem Bruder Frankreichs #15 der Vermögenden) besitzt den meistgesehenen Fernsehsender des Landes *TF1*
- Familie Pinault (Marken wie Gucci und Puma, Forbes: #5 in Frankreich) steht seit 1997 hinter dem Magazin *Le Point* (Auflage 2013: 427.000)
- Ein Trio aus neureichen Online- und Kommunikationsunternehmern (Xavier Niel, Forbes #9), Bankern (Matthieu Pigasse) und Modeunternehmern (Pierre Bergé) investierte 2010 in das französische Paper of Record, *Le Monde* (Auflage 2014: knapp 300.000)
- Der Telekom-Unternehmer und laut Forbes drittvermögendste Franzose, Patrick Drahi, "rettete" 2014 die linke Zeitung *Libération*. Sein neustes Kauf-Projekt: eine Reihe von Magazinen, darunter das französische Spiegel-Äquivalent, L'Express (Auflage 2014: 433.000)

Klimm zitiert Jean-Clément Texier, Frankreich-Verterter eines Schweizer Medienhauses, der ganz offen ein zentrales Motiv für das Medien-Engagement der Vermögenden benennt: “Sie erwerben schlicht auch Einfluss und Ansehen”.

Wie in einem Brennglas zeigt sich hier, wie die ausgeprägte ökonomische Ungleichheit das demokratische Prinzip politischer Gleichheit aushöhlt. Natürlich ist die Zahl der Vermögenden, die sich ihr eigenes Medium kaufen können, begrenzt (was deren Einfluss nicht gerade schmälert). Doch was sich bei den Reichsten als Kauf von ganzen Medienhäusern äußert, setzt sich in den Vermögensschichten darunter beispielsweise durch Parteispenden oder Stiftungsengagement fort. Auch letzteres entscheidet maßgeblich über gesellschaftliche Prioritätensetzungen in Forschung, Daseinsvorsorge oder Kultur.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Stiglitz über Ungleichheit und Kapitalismus

21. August 2014 · von Julian Bank

Auf der – nicht unumstrittenen – Lindauer Tagung für “Wirtschaftsnobelpreisträger” hat Joseph Stiglitz – einer der Auserkorenen – grundsätzliche Kritik am gegenwärtigen Kapitalismus geäußert. Nicht zuletzt die Lektüre von Thomas Pikettys Buch hätte ihm dies deutlich gemacht:

> *When I was growing up, I did not realize that this was the best capitalism ever got.*
>
> Joseph Stiglitz, 21.8.2014

Er stellt fest dass trotz steigender Produktivität und steigender Vermögenswerte die Realität für viele Bürger – insbesondere, aber nicht nur, in den USA – die Stagnation von Einkommen sei.

> *Trickle down economics is not working. (…) Any economic system that does not deliver for very large groups in the population, that does not deliver to a majority of citizens, is an economic system that is failing. And certainly capitalism in America – and this is true in many other countries – is in these terms failing.*
>
> Joseph Stiglitz, 21.8.2014

**Innerhalb, aber auch “beyond the boundaries of economics”**

In seiner teilweise eher für ein Fachpublikum ausgerichteten Rede geht er auf einige Fragen im Zusammenhang von Ungleichheit ein und bezieht sich dabei insbesondere auf Thomas Piketty.

- Ganz Ökonom geht der Frage nach, ob es ein **“Gleichgewicht” der Vermögensverteilung** geben könne, und wie unterschiedliche Modelle unterschiedliche Ergebnisse prognostizieren würden.

- Insbesondere stellt er die **Bedeutung höherer Sparquoten bei Reichen für die langfristige Vermögensverteilung** heraus – ein Punkt, den Piketty implizit vorauszusetzen scheint (vgl. auch den Beitrag von Till van Treeck in diesem Blog)

- Er betont jedoch auch dass es einen wichtigen **Zusammenhang zwischen ‘Ökonomie’ und ‘Politik’** gebe und Regeln nicht nur die Effizienz von Märkten beeinflussten, sondern auch die Verteilung:

> *The most important aspect of this is to try and go beyond the boundaries of economics and to realize that economic inequality inevitably gets translated (…) into political inequality. And political inequality gets translated into more economic inequality. (…) Markets don't exist in a vacuum.*
>
> Joseph Stiglitz, 21.8.2014

- Rahmenbedingungen im Bereich von Bildung, öffentlicher Infrastruktur, die Besteuerung von Kapital, Corporate Governance, Wettbewerbsrecht etc. hätten alle weitreichende Auswirkungen auf die Einkommens- und Vermögensverteilung

- Abschließend thematisiert er die Rolle der an das **Finanzsystem "privatisierten" Aufgabe der Kreditvergabe**, die zentrale Auswirkungen auf die Verteilung habe

Er schließt mit dem Verweis, dass mittlerweile auch der IWF einsehe, dass es keinen Trade-Off zwischen Ungleichheit und Wirtschaftswachstum, zwischen Effizienz und Verteilung, gebe – ein Argument, welches er auch in seinem vor zwei Jahren erschienen Buch "Preis der Ungleichheit" macht.

> *It is not just economic laws, it's political forces. So the issue here is not just economics or capitalism in the 21st century – as Piketty said – it is really about democracy in the 21st century. There are in fact many instruments in our disposal to create a more equal society. And many of these instruments would at the same time create a more efficient and better performing economy.*
>
> Joseph Stiglitz, 21.8.2014

Im Blog lässt sich das Video der Rede anschauen (ca. 34 Minuten).

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Ungleichheit und Politik in den USA

6. August 2014 · von Julian Bank

Lesenswerter Artikel im Magazin "The Baffler" über die **politische Debatte über Ungleichheit in den USA**:

- Präsident Obama rede eigentlich eher über soziale Mobilität als über ungleiche Einkommen und Vermögen,

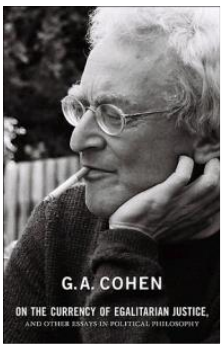
- und seine Rhetorik sei sanft und passiv (Ungleichheit falle quasi auf die Gesellschaft herab) im Vergleich zu früheren US-Präsidenten wie Ted und FD Roosevelt –

- und doch sei das mehr als von den heutigen Demokraten erwartet werden könne, da die Verbindungen zu finanzstarken Interessengruppen bislang zu eng seien.

The Baffler →

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Warum Freiheit nicht Ungleichheit rechtfertigt




16. Oktober 2014 · von Julian Bank

Ungleichheit wird regelmäßig als hinzunehmendes Resultat einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung gerechtfertigt. Die tiefere Begründung wird dabei gerne mit einem Verweis auf Freiheit als Wert gegeben. Der politische Philosoph G. A. Cohen aus Oxford, vor mittlerweile fünf Jahren verstorben, hat dieses Argument auf so brillante Weise zerlegt – dass eine kurze Erinnerung immer wieder lohnt.

Kurz gesagt überführt Cohen diejenigen, die eine marktwirtschaftliche Ordnung und deren Verteilungsergebnisse mit dem Argument der Freiheit zu rechtfertigen suchen, einer Zirkularität – in der sie sich verstricken, wenn sie entweder eine logisch nicht mögliche Definition der Freiheit verwenden, oder wenn das, was sie als Freiheit bezeichnen, nicht mehr mit dem Wert übereinstimmt, den der Begriff gemeinhin suggeriert.

> *"Libertarian" capitalism sacrifices liberty to capitalism, a truth its advocates are able to deny only because they are prepared to abuse the language of freedom.*
>
> *G. A. Cohen, 1995, Self-Ownership, Freedom, and Equality, p. 37.*

Aber langsam. Das Argument, das sich gegen Umverteilung innerhalb einer Marktwirtschaft richtet, fußt in seiner Extremform auf einer sogenannten „(rechts-)libertaristischen" Position, die etwa vom Philosophen Robert Nozick (in „Anarchy, State, and Utopia", 1974) vertreten wurde. Nozick stellt jegliche staatliche Intervention in „freie Marktprozesse" als illegitime Verletzung der Freiheit dar. Nur ein „Nachtwächterstaat", der Privateigentum schütze und die Freiheit der Menschen zur Teilnahme an freiwilligen Tauschprozessen garantiere, sei zu rechtfertigen.

Natürlich sind nur wenige so verirrt, diese Position in Reinform zu vertreten, auch wenn sich manche rechtslibertäre Thinktanks insbesondere in den USA, gern finanziert von finanzstarken Akteuren, wacker halten. In der Regel jedoch – und diese Position findet sich wirklich quer übers politische Spektrum – wird eine ‚gesunde Mitte' vertreten: Ein notwendiges Maß an sozialem Ausgleich muss es ebenso geben wie ein Mindestmaß an Freiheit.

Hier setzt der geniale Jerry Cohen an und deckt einen auch in der ‚gemäßigten Position' versteckten rhetorischen Missbrauch des Freiheitsbegriffs auf. Denn auch eine vermeintlich ausgleichende, oft als „sozialliberal" bezeichnete Position, tappt in die Zirkularitätsfalle des libertären Freiheitsbegriffs. Was sie mit ‚Min-

destmaß an Freiheit' bezeichnet müsste eigentlich ‚Mindestmaß an unreguliertem Markt' oder so ähnlich heißen. Warum?

Cohen weist auf die banale logische Wahrheit hin, dass die Freiheit am Privateigentum der einen Person immer eine Unfreiheit aller übrigen an diesem Eigentum bedeutet. Somit stimmt es, dass der staatliche Schutz dieses Privateigentums Freiheit garantiert – die des Eigentümers. Er garantiert im gleichen Augenblick jedoch auch die (mögliche) Unfreiheit aller anderen, nämlich in dem Moment, in dem ich mich gegen den Willen des Eigentümers an dessen Sache vergreifen will. Dann kommt die Polizei.

Der Libertarismus missbraucht Cohen zufolge deshalb den Freiheitsbegriff, weil einerseits das damit suggeriert wird, was wir alle darunter verstehen: Abwesenheit von Zwang. Zugleich macht der Libertarismus jedoch dann den Fehler diese Freiheit an das Privateigentum zu koppeln und jegliches „interferieren" mit diesem Eigentumsrecht als Freiheitsreduktion *per se* zu bezeichnen. Kurz: das Recht an einer Sache wird mit Freiheit gleichgesetzt – was die zusätzliche Freiheitsreduktion für diejenigen unterschlägt, die das Recht an dieser Sache nicht haben. Man könne, so Cohen, nicht Freiheit begrifflich in (Eigentums-)Rechten verankern und Freiheit zugleich als Abwesenheit von Zwang verstehen: denn sonst wäre, wie Cohen es auf den Punkt bringt, ein „rechtmäßig verurteilter Mörder im Gefängnis" dort nicht unfrei. Klar wäre die Unfreiheit des Mörders rechtmäßig, aber er wäre eben auch in Unfreiheit.

> *Libertarians want to say that interferences with people's use of their private property are unacceptable because they are, quite obviously, abridgements of freedom, and that the reason why protection of private property does not similarly abridge the freedom of nonowners is that owners have a right to exclude others from their property and non-owners consequently have no right to use it. But they can say both things only if they define freedom in two incompatible ways.*
>
> G. A. Cohen, 1995, Self-Ownership, Freedom, and Equality, p. 60.

Bezogen auf die Wirtschaftsordnung hat diese begriffliche Genauigkeit Cohens eine wichtige Bedeutung: So ist es nämlich absurd einen Staat, der nicht oder nur minimal (bspw. um Wettbewerb zu garantieren) in Marktprozesse eingreift, als einen Staat zu bezeichnen, der nicht „interveniert" und damit Freiheit maximiert. Auch ein Minimalstaat, der „nur" Eigentum und Marktprozesse schützt interveniert eben auf diese Weise – mit der Einschränkung der Freiheit der nicht-Eigentümer.

Und somit ist auch Umverteilungspolitik nicht automatisch Politik, die Freiheit reduziert. Im Gegenteil, sie kann möglicherweise auch die Freiheit vieler vergrößern, auch wenn sie unbestritten die Freiheit derjenigen einschränkt, deren bisheriges Eigentum sie antastet.

Es mag ja gute Argumente für eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung geben, so wie es ohne Zweifel gute Argumente gibt, diese mindestens dermaßen durch staatliche Regeln auszugestalten, dass Ungleichheit von Marktprozessen stark reduziert wird – was früher einmal als Sozialdemokratie bekannt war.

Der Verweis auf den Wert der Freiheit jedoch taugt definitiv nicht für ein Argument, das sich *a priori* gegen Umverteilung richtet. Beides, mehr und weniger staatliche Eingriffe in Marktprozesse vergrößern und reduzieren Freiheit zugleich. Es ist eine empirische und dann normative Frage, welche konkrete Variante der Freiheit aller – wohlgemerkt nicht nur der Freiheit der Reichen! – eher zu Gute kommt.

*Die Zitate stammen aus dem sehr lesenswerten Buch Self-Ownership, Freedom, and Equality von Cohen aus dem Jahr 1995. Eine Kurzfassung des Arguments findet sich in dem ebenfalls brillanten Beitrag "Capitalism, Freedom, and the Proletariat" abgedruckt in David Millers "Liberty Reader" und im posthum erschienenen Essayband "On the Currency of Egalitarian Justice". In dem schönen Suhrkamp-Band "Der Wert des Marktes", herausgegeben von Lisa Herzog und Axel Honneth, ist dieses Jahr endlich auch eine deutsche Übersetzung des Textes erschienen.*

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Das Lob der Meritokratie und seine Grenzen

8. Juli 2014 · von Julian Bank

Erbschaften in Österreich sind sehr ungleich verteilt, wie eine neue Studie der Arbeiterkammer Österreich zeigt. In einem Beitrag im Blog der Zeitschrift Arbeit.Wirtschaft nimmt Autor Martin Schürz die Studienergebnisse zum Anlass, über den Meritokratie-Begriff nachzudenken und einen Bezug zur aktuellen Debatte um Thomas Pikettys Buch Capital in the 21st Century herzustellen.

Vielfach wird Piketty so gelesen, dass er mit seiner empirischen Analyse der Einkommens- und Vermögenskonzentration aufzeige, dass das meritokratische Prinzip immer weniger entscheide, wer wie viel vom Kuchen abbekomme. Diesem Prinzip zufolge sollten Ungleichheiten nur durch unterschiedliche Leistung und nicht etwa durch Glück in der Geburtslotterie sozialer Herkunft zustande kommen. Bei zunehmend konzentrierten Kapitalrenditen und einem wachsenden Anteil von immer niedriger besteuerten Erbschaften an den – über den Lebensverlauf entstehenden – Einkünften, könne von Meritokratie nicht mehr gesprochen werden. Es wird also infrage gestellt, ob Meritokratie noch 'funktioniere', nicht ob diese an sich gut oder gerecht sei.

Ein interessanter zusätzlicher Gedanke, den Schürz herausarbeitet, ist jedoch, ob – selbst wenn Meritokratie 'funktionierte' – dies nicht auf dem heutigen Wohlstandsniveau und unter heutigen Ungleichheitsverhältnissen in Industrieländern ein unpassendes und einseitiges Prinzip wäre:

> *Piketty macht zudem darauf aufmerksam, dass Meritokratie die gesellschaftlichen VerliererInnen kränkt. Er spricht daher vom meritokratischen Extremismus. Dies zeigt, welch sensibler Zeitdiagnostiker er ist und dass er auch soziologische und sozialpsychologische Literatur rezipiert. Es ist vernünftig nicht zu begründen, warum in unserer Gesellschaft auf einem solch hohen allgemeinen Niveau des Wohlstands, so viele Menschen fast nichts haben, während einige wenige im Luxus leben. Diese Kluft über Leistung zu legitimieren missachtet die Armen. Arme müssen aufgrund ihrer vielfältigen Benachteiligungen besonders viel leisten und werden doch fast nie als LeistungsträgerInnen betrachtet.*
>
> *Martin Schürz, auf blog.arbeit-wirtschaft.at*

Meritokratie ist zentrales Rechtfertigungsmotiv moderner Ungleichheiten – daher sollte es zu denken geben, wenn ausgerechnet der Charakter moderner Ungleichheiten sowohl das Funktionieren als auch die Angemessenheit von Meritokratie infrage stellen.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# › Eigene Beiträge in anderen Medien

## Zu Gast bei der Deutschen Welle

8. Oktober 2014 · von Julian Bank

Gestern, am Erscheinungstag der deutschen Übersetzung von Thomas Pikettys "Kapital im 21. Jahrhundert", war ich anlässlich eines Schwerpunkts zu Pikettys Buch und dem Thema Ungleichheit als Studiogast bei Deutsche Welle TV. Hier das deutschsprachige Interview.

Das zweite Interview – in der englischen Variante der Sendung – kann hier nachgeschaut werden.

[Auf Verteilungsfrage.org ansehen / teilen]

## Gastbeitrag im Blog Arbeit&Wirtschaft

*Screenshot blog.arbeit-wirtschaft.at*

25. Februar 2015 · von Julian Bank

Heute bin ich mit einem Beitrag im Blog Arbeit&Wirtschaft der Arbeiterkammer Österreich und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) zu Gast. Darin gehe ich kritisch auf zwei verbreitete Rechtfertigungen von Ungleichheit ein, ein von Thomas Piketty diskutiertes Argument für Ungleichheit mit dem Verweis auf wirtschaftliche Dynamik, sowie die Diskussion um Ungleichheit und Freiheit.

Hier geht es zum Beitrag →

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# “Unten” betrifft alle: Ungleichheit als Gefahr für Demokratie, Teilhabe und Stabilität

27. Februar 2015 · von Julian Bank

Montag erscheint ein Beitrag von Till van Treeck und mir in der Zeitschrift “**Aus Politik und Zeitgeschichte**” (APuZ) über ökonomische Ungleichheit und Krisenphänomene. Der Beitrag kann bereits jetzt Online gelesen oder als PDF heruntergeladen werden.

In dem Beitrag diskutieren wir, warum Ungleichheitsdebatten zentral davon abhängen, mit **welchem Maß was genau** gemessen wird. Eine viel kritisierte Studie des wirtschaftsfinanzierten IW Köln etwa vermischte auf fragwürdige Weise verschiedene Dimensionen der Ungleichheit, mit dem Ergebnis, dass in Deutschland angeblich die Einkommensungleichheit überschätzt würde. Obwohl andere Forschung Gegenteiliges nahelegt, wurde dies gleich vom Sachverständigenrat aufgegriffen, der in seinem Jahresgutachten “keinen (…) Handlungsbedarf” (!) bei Verteilungsfragen sieht.

Wir zeigen auf, warum dieser Schluss aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar ist. Wir arbeiten **drei Dimensionen** heraus, in denen ökonomische Ungleichheit gesellschaftlich relevant ist. Erstens hinsichtlich der unmittelbaren Verteilung von *Freiheit*. Zweitens, aufgrund der *Statusdimension* von Ungleichheit – bei der die “positionale” Dimension von Gütern aufscheint: So hängt die individuelle Zufriedenheit häufig mit der Ausstattung des sozialen Umfelds zusammen. Diese Dimension rückt viele vermeintliche Grundeinsichten der Wohlfahrtsökonomik in ein völlig neues Licht. Und drittens kann sich ökonomische Ungleichheit in *politische Ungleichheit* übersetzen – ein zentrales Demokratieproblem. Vor diesem Hintergrund diskutieren wir die Frage nach dem “**Unten**” einer Gesellschaft und der **makroökonomischen Bedeutung** von Ungleichheit.

In dem Beitrag kommen wir zu dem Schluss, dass die wachsende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen gleich mit drei Krisen verwoben ist, die nicht getrennt voneinander betrachtet werden können: eine **Krise der Demokratie, der sozialen Teilhabe und der ökonomischen Stabilität**. Aus unserer Sicht ist dies eine gefährliche Melange mit Sprengkraft, vor deren Hintergrund etwa der wachsende Erfolg demokratie- und menschenverachtender Ideologien mit Sorge betrachtet werden sollte.

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# "Thomas Piketty und die Verteilungsfrage": E-Book erschienen

17. März 2015 · von Julian Bank

*Neues E-Book zur Piketty-Debatte und den wirtschaftspolitischen Implikationen für Deutschland erschienen: "Thomas Piketty und die Verteilungsfrage – Analysen, Bewertungen und wirtschaftspolitische Implikationen für Deutschland", Hg.: Peter Bofinger, Gustav Horn, Kai Schmid und Till van Treeck (ISBN 978-0-9926537-3-6)*

Thomas Pikettys Bestseller „Das Kapital im 21. Jahrhundert" hat im vergangenen Jahr viele Rekorde gebrochen. Es ist eines der meistverkauften Ökonomie-Sachbücher überhaupt. Entsprechend rankt sich um das Buch ein ganzer Strauß an Sekundärliteratur.

Zur PDF des kostenlosen E-Books →

Jetzt ist ein **neuer Sammelband** zu dem Buch erschienen, herausgegeben von **Peter Bofinger, Gustav Horn, Kai Schmid und Till van Treeck**. Der Titel: „Thomas Piketty und die Verteilungsfrage – Analysen, Bewertungen und wirtschaftspolitische Implikationen für Deutschland". Es ist als kostenloses Ebook (PDF) erhältlich und kann gedruckt bei Amazon bestellt werden. **Verteilungsfrage.org** ist mit einem Beitrag von mir zur deutschen Piketty-Debatte vertreten.

Folgende Beiträge enhält der Sammelband:

*1. Die Piketty-Rezeption in Deutschland (Julian Bank):*

- Eine **Zusammenfassung der deutschen Piketty**-Debatte, die zu dem Schluss kommt, dass sich die Rezeption von Pikettys Buch in Deutschland deutlich von der begeisterten Aufnahme in der englischsprachigen Welt unterscheidet.
- Dies sage mehr über die **deutsche Ökonomenzunft** und den **deutschen Wirtschaftsjournalismus** aus, als über Pikettys Buch

*2. Make No Mistake, Thomas! Verteilungstheorie und Ungleichheitsdynamik bei Piketty (Hagen Krämer):*

- Eine Diskussion der **Ungleichung „r > g"**, also dem Verhältnis von Kapitalrendite und Wachstumsrate, und der Frage, inwiefern diese langfristig zu einem Anstieg der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen führe
- Eine Zentrale Rolle spiele die Spreizung der **Sparquoten** entlang der Verteilung

*3. Zur Bedeutung von r>g in Pikettys ‚Kapital im 21. Jahrhunder' (Till van Treeck)*:

- Ein weiterer Beitrag, der sich zentral um **r > g** dreht, und der Pikettys sogenannte **„fundamentale Gesetze des Kapitalismus"** erläutert
- Van Treeck präsentiert einige **Simulationen** verschiedener Parameter von Pikettys ‚Modell' und er diskutiert, wie die von Piketty formalisierte Dynamik der Ungleichheit in einen **gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang** betrachtet werden kann
- Aus dieser Perspektive kann wachsende Ungleichheit zur Quelle gesamtwirtschaftlicher **Instabilität** werden

*4. Das ‚Kapital' im 21. Jahrhundert (Peter Bofinger und Philipp Scheuermeyer):*

- Der Beitrag wirft einen kritischen Blick auf Pikettys **Kapitalbegriff** und wirft die Frage auf, ob eine fortwährende Akkumulation von Sachkapital möglich sei, solange Ungleichheit der Einkommensverteilung zu einem **chronischen Nachfragedefizit** führe
- Piketty blende dabei den **Staat** als Ausgleichsfaktor für fehlende private Nachfrage wie die meisten Wachstumstheoretiker aus

*5. Kapital und Sparen bei Piketty: einige saldenmechanische Anmerkungen (Johannes Schmidt):*

- Ein kritischer Blick auf Piketty aus **saldenmechanischer** Perspektive – also aus der Sicht, die ökonomische Argumentationen mittels der Definitionen aus der VGR auf logische Konstitenz abklopfen kann
- Piketty vermische Schmidt zufolge **unterschiedliche Konzepte des Sparens**, die saldenmechanisch nicht immer konsistent wären und deren Trennung Pikettys Ergebnisse teilweise verändere – seine politische Forderung nach der **Besteuerung von Kapital** aber sogar noch untermauere

*6. Die statistische Erfassung hoher Einkommen, Vermögen und Erbschaften in Deutschland (Charlotte Bartels und Timm Bönke):*

- Ein Überblick über die **wichtigsten Datenquellen** zur Ungleichheit in Deutschland, insbesondere der Unterscheidung zwischen administrativen Daten und Daten aus Umfragen

*7. Persönliche Vermögensteuern in Deutschland: Entwicklung und Perspektiven (Stefan Bach):*

- Kritische Diskussion unterschiedlicher Möglichkeiten zur **stärkeren Besteuerung hoher Vermögen**
- Bach argumentiert, die meisten Ziele einer Vermögensteuer könnten besser über **höhere Unternehmens- und Kapitaleinkommensteuern** erreicht werden
- Eine Kurzfassung dieses Beitrags ist auf **Zeit Online** erschienen

*8. Kapitaleinkommen treiben Veränderungen der personellen Einkommensungleichheit in Deutschland (Kai Daniel Schmid und Dorothee Spannagel):*

- Der Beitrag zeigt die **Bedeutung von Kapitaleinkommen** für die Ungleichheit der Haushaltseinkommen auf
- Untermauert Pikettys These, dass die **Vermögensverteilung** eine zentrale Rolle für die Einkommensungleichheit spielen kann

*9. Einkommensungleichheit: Das vernachlässigte Problem der steigenden Lohnungleichheit (Ulrike Stein):*

- Beitrag mit Fokus auf die steigende Ungleichheit auch innerhalb der **Lohneinkommen**
- Wesentliche Treiber der Ungleichheit und der Schaffung eines großen Niedriglohnsektors sei insbesondere die **Deregulierung des Arbeitsmarktes** gewesen

*10. Piketty revisited: Vermögensungleichheit in Europa (Miriam Rehm und Matthias Schnetzer):*

- **Internationaler Vergleich** der Vermögensungleichheit auf Basis von Umfragedaten, der Details über die Zusammensetzung der Vermögen zusammenträgt
- Diese Daten bestätigten das von Piketty gezeichnete Bild einer hohen Vermögensungleichheit und eines Zusammenhangs zwischen Einkommens- und Vermögensungleichheit
- Eine Kurzfassung dieses Beitrags ist auf **Zeit Online** erschienen

Zur PDF des kostenlosen E-Books →

[Auf Verteilungsfrage.org lesen / teilen]

# Impressum

Verantwortlich: Julian Bank
Cranachstr. 48, 50733 Köln
julian.bank@verteilungsfrage.org

Die Artikel sind im Blog verteilungsfrage.org zwischen Juni 2014 und Juli 2015 erschienen. Sie stehen unter einer Creative Commons Lizenz CC-BY-NC 4.0.

Gestaltung des Ebooks: Julian Bank.
Besonderer Dank gilt Till van Treeck, Julian Becker und Leonard Dobusch.

- **Newsletter abonnieren:**
  **verteilungsfrage.org/newsletter**

- **Bitte empfehlen Sie das Blog, den Newsletter und dieses E-Book weiter!**